

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

31. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (22. Januar.)

11 Uhr. Am Ministertisch mehrere Commissarien.
Vom Abg. Miquel ist der bereits bekannte Antrag auf Reform der preussischen Städteordnung eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Abg. Elsner v. Gronow, die Staatsregierung aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Verwaltung der Staatsforsten dem Ressort des landwirthschaftlichen Ministeriums überwiesen werde.

Abg. Elsner v. Gronow: Die Forsten stehen unter der Verwaltung des Finanzministeriums. Einem Finanzminister, der so unendlich viel zu thun hat, und wenn er auch ein so eminenter Mann ist wie der jetzige, kann nicht zugemutet werden, daß er sich um die Details der Verwaltung eines so über das ganze Land vertheilten Objectes bekümmere, wie es die Forsten sind. Das muß zweckmäßig ein Ministerium thun, das weniger beschäftigt ist, Forst- und Landwirthschaft sind so innig verbunden, daß sie auch von der Verammlung deutscher Landwirthe immer gemeinsam behandelt worden sind. Die Landwirthschaft bedarf der Forsten so dringend, daß es nöthig ist, denselben ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie haben eminenten Einfluß auf das Klima, von ihnen ist der Regenfall, die Speisung der Quellen und der damit zusammenhängenden Flüsse abhängig, sie halten die rauhen Nord- und Ostwinde ab, brechen die Gewalt des sengenden Südschlags, die dem Lande nützlichen Thiere, insectenfressende Vögel, mäusevertilgende Käufe (Heiterkeit). Kurz, sie stehen in so innigem Zusammenhang mit der ganzen Landeskultur, daß sie auch nothwendig dem landwirthschaftlichen und keinem andern Ministerium zugewiesen werden müssen. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Abg. Schmidt (Stettin) gegen den Antrag: Sie wissen, daß im Jahre 1866 auch auf dieser (linken) Seite die Meinung herrschte, das landwirthschaftliche Ministerium sei zu zerlegen. Bald jedoch änderte sich diese Stimmung, und es trat auf allen Seiten des Hauses die Meinung hervor, dieses ganze Ministerium aufzuheben, es zu parzellieren und seine einzelnen Zweige mit andern Ministerien zu vereinigen. So sprach noch Graf Schwerin es aus, daß das landwirthschaftliche Ministerium am besten mit dem des Innern zu verbinden sei, und auch, während der letzten Kräfte im landwirthschaftlichen Ministerium hat sich die Presse lebhaft mit dieser Frage beschäftigt. Nach der Ernennung des neuen Ministers wäre eine normale Discussion der Frage nicht tattvoll. Ich muß der Finanzverwaltung das Zeugnis geben, daß sie die Forsten keineswegs in einseitig fiskalischem Interesse verwaltet hat, von keiner Seite ist ihr dieser Vorwurf gemacht worden. Ist der Vorredner auf Wäse und Füße gekommen, so hat das keinen ernsthaften Charakter. Durch die Annahme des Antrags würde von vornherein dem neuen Minister ein Vertrauensvotum gegeben, das er sich erst verdienen muß, der Finanzminister dagegen erhielt ein unbedientes Mißtrauensvotum.

Reg.-Commissar Geheime Rath von Hagen: Ohne in dem Antrage ein Mißtrauensvotum zu finden, kann ich doch versichern, daß die Rücksichten, die den Antragsteller veranlaßt haben, die Lösung der Verbindung zwischen Forsten und Finanzen zu fordern, ganz ebenso beim Fortbestehen dieser Verbindung wahrgenommen sind. Domänen und Forsten haben allerdings verfassungsmäßig zunächst wichtige finanzielle Zwecke zu erfüllen, sie bringen der Staatskasse eine jährliche Einnahme von 24 Millionen Thalern, und das ist ein so wichtiges Object, daß der Finanzminister es nicht wohl aus der Hand geben kann. Die Verbindung der Forst- und Finanzverwaltung findet sich auch nicht nur in Preußen, sondern auch in fast allen deutschen und auswärtigen Staaten. Die preussische Forstverwaltung hat sich stets vor Augen gehalten, daß die Staatsforsten der Gesamtheit der Nation gehören und daß ihre Ausnutzung nur im allgemeinen Landes- und Culturinteresse geschehen darf. Ich glaube daher, Ihnen die Annahme des Antrages nicht empfehlen zu können.

Abg. v. Wedell (Bielitz): Im Jahre 1868, als der Abg. Schmidt noch dem landlichen Wahlkreis Stettin vertrat, sprach er sich mit großer Wärme über Domänen und Forsten aus, jetzt als Vertreter des städtischen Wahlkreises scheint er das nicht mehr zu wollen (oho! links). Nach Ernennung des neuen landwirthschaftlichen Ministers stehen wir vor der Frage, ob wir auch ferner ein landwirthschaftliches Ministerium haben wollen, dem wesentliche der Sache nach ihm zustehende Disciplinen vorzulegen werden. Ich protestire gegen jedes Mißtrauens- oder Vertrauensvotum, das in diesem Antrage liegen könnte. Ich gehe allein von der Ansicht aus, daß wir dem landwirthschaftlichen Ministerium mehr Inhalt geben müssen, wenn es nicht eine Karrikatur bleiben soll, wir müssen dem neuen Minister eine Stütze bieten in dem Kampf, sich das zu gewinnen, was ihm naturgemäß zusteht. Ich bitte, nehmen Sie den Antrag an.

Abg. Richter (Gagen) gegen den Antrag: Dem Vorredner erwidere ich, daß wir auf unserer Seite uns nicht als Vertreter der Städte oder des platten Landes, sondern nach § 83 der Verfassung als Vertreter des ganzen Volkes ansehen. Diese Vorwürfe scheinen absichtlich zu einer Zeit sich zu häufen, wo wir vor Neuwahlen stehen, und sie geschehen von einer Seite des Hauses, die sich zum Ziel setzt, eine Partei der landwirthschaftlichen Interessenvertretung zu bilden. Der Antrag selbst leidet an einer formellen Unklarheit. Wollen Sie, daß so bald wie möglich die Forstverwaltung auf das landwirthschaftliche Ministerium übergeht, so müssen Sie bei der dritten Lesung des Etats beantragen, das Capital Forstverwaltung vom Finanzetat auszuscheiden und dem landwirthschaftlichen Ministerium zu überwiesen; andernfalls kann der Antrag vor dem folgenden Etatsjahr nicht in Erfüllung gehen. Ich vermahne mich von vornherein gegen die Vertheilung der Regierung, im Laufe des Jahres solche Veränderung vorzunehmen, das wäre eine schwere Verletzung unseres Staatsrechts. Solche Vertheilung hat schon im vorigen Jahre durch Uebertragung des Veterinärwesens an das landwirthschaftliche Ministerium stattgefunden. Heute, wo das Oberverwaltungs-Gesetz besteht, ist die Gesetzwidrigkeit solcher Maßregel unzweifelhaft. Die Annahme des Antrages würde der richtigen Benennung der Domänen großen Schaden thun; Domänen und Forsten hängen aufs Engste zusammen, von der einen Verwaltung ressortirt die andere und umgekehrt, es findet ein fortwährender Austausch von Grundstücken zwischen beiden statt.

Es hat sich bisher kein practischer Bedürfnis für die Trennung herausgestellt. Es giebt kaum einen Verwaltungszweig, gegen den hier im Hause weniger Bedenken laut geworden sind, als die Forstverwaltung, während es kein Decernat giebt, worin bisher mehr unsichere Minister saßen, als das landwirthschaftliche Ministerium. Inzwischen ist die Kritik im landwirthschaftlichen Ministerium zu Ende gegangen: der landwirthschaftliche Minister ist nicht mehr eine bloße Idee, er hat jetzt wieder Fleisch und Bein. Freilich wissen wir noch nicht, wie er aussieht, aber auch wenn ich ihn kenne, würde ich dadurch nicht viel klüger werden. Ich vertheile nicht viel von landwirthschaftlichen Dingen, habe mich jedoch bei Mitgliedern der rechten Seite, die ich wegen ihrer landwirthschaftlichen Kenntnisse hochschätze, erkundigt, was man so von dem neuen Minister zu erwarten habe. Da hat man mir gesagt, der Mann ist echt conservativ, er wird im Ministerium Wismar kein hartnäckiger Stein sein und im Ministerium Roon niemals das Concert durch eine Dissonanz zu verschönern suchen; aber in Bezug auf die landwirthschaftlichen Fragen — da geschah allgemeines Schütteln des Kopfes (Heiterkeit). Wir wissen also nicht, wie der neue Minister zu allen landwirthschaftlichen Fragen steht, die uns in letzter Zeit so vielfach beschäftigt haben, zu den Fragen des landwirthschaftlichen Unterrichts, der Decentralisation u. s. w. Er wird durch das Vertrauen der Krone in dieses Haus geleitet, das Vertrauen der Landes (Auf rechts: hat er schon! Heiterkeit) muß er durch Thaten erwerben. Aber Sie (nach rechts) argumentiren, weil dieser neue Minister, der Graf Königsmarck das Vertrauen der Krone in landwirthschaftlichen Dingen genießt, so geben wir noch einen Schritt weiter und überweisen ihm auch ein Ressort, das ihm die Krone noch nicht anvertraut hat.

Der neue Minister muß sich doch erst entwickeln, und wir wissen gar nicht, wie die Annahme des vorliegenden Antrags auf diesen Entwickelungs-gang einwirken kann. Denken Sie sich, — ich weiß nicht, ob es zutrifft, — der neue Minister ist ein leibenschafflicher Jäger, ein Verehrer des edlen Waidwerks; bringen Sie nun noch die Forstverwaltung in das landwirth-

schaftliche Ministerium, so hat dasselbe alle Anlage, sich zu einem Jagd-ministerium zu entwickeln. (Heiterkeit) Man hat das landwirthschaftliche Ministerium schon scherzhaft ein Jagdministerium genannt, hier aber könnte es bitterer Ernst werden, und unser Bauernstand würde schwer darunter leiden. (Unruhe rechts.) Gerade im Interesse der kleinen Grundbesitzer mache ich darauf aufmerksam, daß auch von der Person des gegenwärtigen Ministers abgesehen, die Interessen der Forstverwaltung von denen der Landwirthschaft ganz verschieden sein können. — Das Mißtrauen gegen das landwirthschaftliche Ministerium rührt nicht von dem kleinen Ressort desselben her, gegen kleine Leute ist man nicht mißtrauisch; sondern es rührt daher, daß das Ministerium von vornherein auf einen einseitigen Standpunkt gestellt ist. Ich halte die Einrichtung eines besonderen landwirthschaftlichen Ministeriums für eine Verirrung des Jahres 48. Der landwirthschaftliche Minister mag noch so fähig sein, sein Ressort noch so groß, so werden Sie in ihm doch immer nur einen Minister zweiter Klasse haben, eben weil er immer nur einen einseitigen Standpunkt zu vertreten hat.

An diesem Schicksal des landwirthschaftlichen Ministeriums in Preußen mögen sich diejenigen, die außerhalb dieses Hauses eine sogenannte landwirthschaftliche Interessenvertretung gründen wollen, ein warnendes Beispiel nehmen. Der Abg. v. Hoberbed hat einmal in einer Versammlung ausgeführt, daß, wenn es jemals dahin käme, daß hier eine Partei der landwirthschaftlichen Interessenvertretung säße, so würden diese Herren nur Abgeordnete zweiter Klasse sein (sehr richtig! links), eben weil sie nicht die Interessen der Gesamtheit vertreten. Sobald eine solche einseitige Interessenvertretung entsteht — Sie sehen es ja auch bei der clericalen Partei — so coaliren sich sofort alle Gegeninteressen gegen sie; die Herren kommen dadurch in eine geborene Minderheit und es entsteht Mißtrauen gegen sie, selbst da, wo es nicht gerechtfertigt ist. Darum, wenn Sie der Landwirthschaft einen wirklichen Dienst erweisen wollen, lassen Sie die Forsten, wo sie sind und wirken Sie mit uns zusammen dahin, daß das landwirthschaftliche Ministerium mit dem Handels- und Gewerbe-Ministerium zu einem einheitlichen volkswirthschaftlichen Ministerium vereinigt wird. (Beifall links.)

Abg. v. Gottberg: Ich schwärme nicht für die Verirrungen des Jahres 1848; wenn aber die Bildung des landwirthschaftlichen Ministeriums dazu gehört, so begrüße ich sie. Auf den Vorwurf, die Erweiterungen unserer (rechten) Seite zielen auf die Neuwahlen hin, erwidere ich: gerade die eben gebrachte Rede mit ihrer Hinweisung auf den Bauernstand könnte als eine Wahrede aufgefaßt werden. Mit manden Aeußerungen des Vorredners bin ich einverstanden, z. B. daß er nicht von der Landwirthschaft versteht (sehr gut! rechts). Ihr Mißtrauen gegen den neuen Minister gründet sich auf seinen politischen Standpunkt, darauf, daß der Mann echt conservativ! sei; wäre er echt liberal, so wäre die Sache für Sie eine andere. Uns stehen solche Erwägungen fern; auch wenn der Minister liberal wäre, aber ein tüchtiger Landwirth, so würden wir ihn mit Freuden unterstützen. Es ist höchst bedenklich, einen Minister angzugreifen, ehe er sein Amt verwaltet. Naturgemäß gehören die Forsten in das Ressort des landwirthschaftlichen Ministeriums, daher bitten wir Sie, den Antrag anzunehmen. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Discussion. Da die Abstimmung durch Erhebung von den Plätzen zweifelhaft bleibt, so findet eine namentliche Abstimmung statt, bei welcher der Antrag mit 164 gegen 142 Stimmen verworfen wird.

Das Haus tritt hierauf in die Vertheilung von Petitionen. Die des Orts-Vorsetzers Felste aus Nieder-Streitz auf Uebernahme der Kosten für Uferschuttbauten, deren Zahlung die betreffende Gemeinde verweigert, auf Staatsmittel wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen. Desgleichen die der Separations-Interessenten zu Schmalzerode, welche zur Tragung der Kosten einer Vermessungsrevision herangezogen sind.

Eine Petition mehrerer Gemeinden des Regierungs-Bereichs Trier fordert Abhilfe gegen den durch Schwarzwild hervorgerufenen Schaden.

Referent v. Schorlemer-Mit: Diese Klagen haben sich in letzter Zeit sehr vermehrt. Deshalb hat die Commission beantragt, die Staatsregierung zum Erlaß eines Abhülse schaffenden Gesetzes aufzufordern. Jetzt haben die Bauern kein Mittel, sich dagegen zu schützen. Sie können wohl einen Zaun um ihren Acker ziehen, aber das ist zu theuer; oder Schreckbilder aufstellen, die aber vom Schwarzwild, welches seine Verwüstungen bei Nacht anrichtet, nicht gesehen werden und keine Wirkung haben; oder sie können durch Klappern erschrecken; aber ein Bauer, auf welchen ein Keiler losgeht, verliert das Klappern, weil ihm vor Angst die Zähne klappern, und er ergreift das Hafenpanier. Man hat schon gesagt: „Tages adern, Abends klappern“ statt „Tages-Arbeit, Abends Gäste“, „Klappern gehört wohl zum Handwerk, aber nicht zum Andern“.

Der Antrag der Commission wird angenommen.
Es folgt eine Petition aus Westpreußen, welche die Gleichberechtigung der polnischen mit der deutschen Sprache fordert; sie trägt 50,659 Unterschriften, darunter 12,906 in Form von drei Kreuzen.

Referent Lucius bemerkt, daß die Agitation für diese Petition sehr lebhaft betrieben wurde und daß es scheint, als ob diese Unterschriften von derselben Hand herrühren; auch sei ein großer Theil der Personen, welche dieselbe unterschrieben, nicht festzustellen gewesen. Dann handelt es sich hier nicht um alte polnische Landestheile, sondern um Gegenden, welche ihre Cultur den Deutschen verdanken und in welchen die Deutsche Sprache die hervorragendste Stelle einnimmt. Es sind schon früher ähnliche Anträge gestellt und von diesem Hause abgelehnt worden. Wenn in der Petition der Regierung vorgeworfen wird, daß sie die polnischen Landestheile germanisirt habe, so zeigt gerade die Menge der Unterschriften, daß vielleicht eher etwas zu wenig als zu viel in dieser Beziehung geschehen sei. Wenn solche Petitionen oft einlaufen, so vernichten sie vollständig die Sympathien, welche für eine unglückliche, aber ritterliche Nation noch vorhanden sind. (Unruhe in der polnischen Fraction.) Er bittet deshalb den von der Commission vorgeschlagenen Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen.

Abg. v. Lyschowsky spricht gegen den Antrag der Commission. Durch die für die Provinz Preußen erlassenen Sprachverordnungen wird die Gleichberechtigung der polnischen Sprache gegenüber der deutschen verletzt. Es ist an Unterrichtsanstalten in jenen Gegenden manches geschehen, aber es bleibt noch viel zu thun; vor allen Dingen müssen an den höheren Unterrichtsanstalten polnische Parallellassen eingerichtet, ein polnisches Lehrerseminar begründet und bei den Gerichten mehr polnische Dolmetscher und der polnischen Sprache kundige Beamte angestellt werden. Das jetzige System der Regierung erhält nur den nationalen Haß. Redner stellt dann den Antrag, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bei der Abstimmung wird der Commissionsantrag angenommen.
Die Commission für das Gemeindefeuer hat hinsichtlich einer Petition der Vertretung der Stadt Kreuznach, deren Inhalt die Rechtsverbindlichkeit eines Beschlusses des Kreuznacher Kreistages betrieht, nach welchem 2 Jahre lang eine besondere Kreissteuer zu Gunsten der National-Zubaliden-Stiftung von den Kreiseingesessenen erhoben werden soll, beantragt, diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.
Reg.-Commissar v. Brauchitsch: Die Regierung habe den Beschluß des Kreistages bestätigt, welcher seinem Inhalte nach in den Grenzen der den Kreisen zustehenden Selbstverwaltung gefaßt und dessen gemeinnützige Tendenz nicht zu verkennen sei. Er bittet, über die betreffende Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Windthorst (Nepen) und v. d. Golz (Dramburg) bestritten die Vertheilung der Kreisvertretung zur Fassung derartiger Beschlüsse, ohne die wohlmeinende Absicht derselben verkennen zu wollen, während Abg. v. Kardorff für die Ansicht des Regierungskommissars besonders den Umstand geltend macht, daß der Protest der Kreuznacher Stadtvertretung erst nach der Verkündung des betreffenden Beschlusses seitens der Regierung abgefaßt worden sei. Aus gleichen Gründen bestritt auch Abg. v. Hülsen die einfache Tagesordnung. Woher solle es führen, wenn Kreiseingesessene, nachdem die Verkündung des Kreistags-Beschlusses erfolgt sei, gegen dieselben protestiren und sie nicht für rechtsverbindlich halten wollen?

Reg.-Commissar v. Brauchitsch bemerkt außerdem, daß den sämtlichen Ortschaften des Kreises die Auflage gezaßt worden sei. Die Annahme des Commissionsantrages und die für die Regierung daraus folgende Verpflichtung würde daher große Weitläufigkeiten nach sich ziehen.

Abg. v. Rauchhaupt: Die Befugnis des Kreises, für die in ihm eingeseßenen Zubaliden zu sorgen, ist unzweifelhaft; fehlerhaft war es nur formell, daß dieser Beschluß sich auch auf die Zubaliden anderer Kreise bezog. Dies thut indessen dem materiellen Inhalte des Beschlusses keinen Abbruch, im Gegentheil sicherte der Kreis sich dadurch auch die Unterstützung weiterer außerhalb seiner Grenzen belegener Gemeinden. — Die Petition wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Gegen 3 1/2 Uhr beschließt das Haus die Vertagung, vor Schluß der Sitzung erhält das Wort der

Abg. Laster: Als ich bei Gelegenheit der Eisenbahnleihe die das Concessionswesen betreffenden Thatsachen besprach, bezieht ich mir vor, bei der weiteren Vertheilung der Vorlage hierauf zurückzukommen. Inzwischen ist ein Brief des Prinzen Viron von Curland an den Präsidenten eingegangen und von demselben mit dem Unheimlichen übergeben worden, was mir geeignet scheint, zu veranlassen. Ich glaube nun wegen der dabei den Briefschreiber persönlich berührenden Rücksichten die Erwähnung nicht aufheben zu dürfen, sondern halte mich für schuldig, die wesentliche Stelle des Briefes hier wörtlich vorzulesen: „Ich bin in der Lage, nachzuweisen zu können, daß ich für die Breslau-Warschauer Bahn über 70,000 Thaler Auslagen gehabt und bis heute noch keine Entschädigung dafür erhalten habe. Ein Gleiches gilt in Betreff der Berliner Nordbahn, wo ich noch hinzuzufügen kann, daß meine indirecten Auslagen für diese Bahn noch nicht beendet sind. Ich erlaube mir Em. Wohlgeboren hierbon Mittheilung zu machen, damit Sie auf irgend eine Weise meine Behauptung zur Kenntniß des Hauses bringen, daß ich niemals irgend eine Eisenbahn-Concession verkauft, noch mit einer solchen Handel getrieben habe.“ Zudem ich diese Stelle zur Kenntniß des Hauses bringe, glaube ich im Sinne des Briefstellers zu handeln, dessen Ausführungen zu bezweifeln ich keine Veranlassung habe. Ueber die übrigen Punkte und über die sachliche Vertheilung des hier Angeregten beziehe ich mich Weiteres für die Sitzung vor, auf deren Tagesordnung das Anleihegesetz wiederum stehen wird.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf Freitag 11 Uhr an und bringt eine große Anzahl kleiner Vorlagen für dieselbe in Vorschlag.

Abg. Seife beantragt auch die erste und zweite Vertheilung des Expropriationsgesetzes auf die Tagesordnung zu setzen, was indessen das Haus mit großer Majorität unter Genehmigung des Vorschlages des Präsidenten ablehnt.

Berlin, 22. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Ranzlei-Rath Adler in Berlin den Charakter als Geheimer Ranzlei-Rath sowie dem Geheimen Secretär Rubach von der General-Militär-Kasse aus Anlaß seiner Vertheilung in den Ruhestand, den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

[Hoftrauer.] Der königliche Hof legt heute für Ihre Kaiserliche Hoheit die Großfürstin Helene Paulowna von Rußland, geborene Prinzessin von Württemberg, die Trauer auf vierzehn Tage an.

[Hoftrauer.] Der königliche Hof legt heute für Se. Majestät den Kaiser Napoleon die Trauer auf acht Tage an. — Auf Allerhöchsten Befehl wird die für Donnerstag, den 23. d. M. anberaumte Cour hierdurch abgelaßt.

Der praktische Arzt Dr. Steiner zu Schlobien ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Pr. Holland ernannt worden. — Dem königlichen Kreisbau-meister Hammer zu Waldenburg in Schlesien ist gestattet worden, seinen Wohnsitz vom 1. Februar d. J. ab nach Altmasser zu verlegen.

Berlin, 16. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] begaben Allerhöchstdurch gestern früh mittelst Extrazuges zur Jagd nach Potsdam, und kehrten um 5 1/2 Uhr von dort zurück.

Heute nahmen Se. Majestät militärische Melbungen im Beisein des Commandanten entgegen, empfingen Se. königliche Hoheit den Prinzen August von Württemberg, ließen Allerhöchstdurch vom Geheimen Cabinets-Rath von Wilmowski Vortrag halten, und nahmen später die Orden des verstorbenen Fürsten Boguslaw Radzwill aus den Händen dessen Sohnes, des Fürsten Ferdinand, und diejenigen des verstorbenen Fürsten zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda, aus den Händen dessen Bruders, des Prinzen Adolph, entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war im Augusta-Hospital und Magdalenaenstift anwesend. — Sr. königliche Hoheit der Prinz August von Württemberg verabschiedete sich heute bei den kaiserlichen Majestäten bei seiner durch den Todesfall der Großfürstin Helene veranlaßten Abreise nach St. Petersburg. (Relch-Anz.)

Berlin, 22. Januar. [Die Großfürstin Helene Paulowna.] Die hier eingetroffene Nachricht von dem gestern Nachmittag 2 Uhr plötzlich erfolgten Tode der Großfürstin Helene Paulowna hat bei der bekannten intimen Stellung dieser geistvollen fürstlichen Dame zum künftl. preussischen Hause einen tiefen Eindruck gemacht und noch größere Trauer gewekt, als ohnehin die so nahen Verwandtschaftsverhältnisse erklärlich machen würden. Es ist bekannt, daß die verwitwete Großfürstin eine eifrige und umsichtige Freundin Preußens und unseres Königs Wilhelm gewesen, den dieser Verlust sehr hart getroffen haben wird. — Friederike Charlotte Marie, des Prinzen Paul von Württemberg Tochter, war geboren am 9. Januar 1801 (28. December 1800) und erhielt bei ihrer Vermählung 20.8. Februar 1824 mit dem Großfürsten Michael Paulowitsch, dem jüngsten Sohne des Kaisers Paul Petrowitsch, die Namen Helene Paulowna. Eine besondere Freundschaft verband sie mit ihrer Schwägerin, der Kaiserin Alexandra Feodorowna (Prinzessin Charlotte von Preußen), und auf ihren vielen Reisen kam sie zu Berlin in die intimsten Verbindungen. Noch im vergangenen Jahre weilte sie zwei Mal in Berlin zum Besuche ihres Bruders, des Generals der Cavallerie und commandirenden Generals des Garde-Corps, Prinzen August von Württemberg; auch ihr Neffe, Prinz Wilhelm von Württemberg, steht zur Zeit als Rittmeister à la suite des Garde-Husaren-Regiments in preussischem Dienste. — Ihre verwitwete Großfürstin Helene Paulowna war seit 1849 verwitwet. Ihre einzige Tochter, die Großfürstin Katharina Michailowna ist seit 1851 vermählt mit dem Herzoge Georg von Mecklenburg-Strelitz, kais. russischem General der Artillerie.

[Zur Eröffnung des Reichstages.] Während von einer Seite als der Termin für die Eröffnung des Reichstages der 10. März bezeichnet wird, werden von anderer Seite die Gründe aufgeführt, welche für den Anfang Mai als muthmaßlichen Termin sprechen. Nach Lage der Dinge wird ein Termin wohl nicht früher festgesetzt werden können, ehe man im Stande ist, über die Erledigung der kirchenpolitischen Vorlagen wenigstens im Abgeordnetenhaus ein Urtheil zu fällen. Wenn auch auf die Möglichkeit hingewiesen ist, daß ein gleichzeitiges Tagen des Reichstages und des Landtages stattfinden könne, so ist doch zu bemerken, daß ein gleichzeitiges Arbeiten des Reichstages wohl mit dem Herrenhause, schwerlich aber mit dem Abgeordnetenhaus ausführbar sein wird.

[Herr v. Drigalski.] In Berliner Mittheilungen wird vielfach das Aufheben des Directors der hiesigen Criminalpolizei, des Herrn v. Drigalski, besprochen. Aus guter Quelle erfahre ich, daß derselbe vom Kriege her an einem Halsleiden leidet, welches allerdings zu dem Wunsche um Entlassung Veranlassung gegeben hat. Da jedoch sowohl der Kaiser als der Polizei-Präsident auf sein Verbleiben im Amte großen Werth legen, so hofft man, daß er sich zur Fortführung seiner Functionen noch entschließen werde.

[Wahl.] Der „Dresdner Presse“ wird aus Glanzen vom 21. Januar berichtet: „Sowohl das Wahlergebnis bis jetzt bekannt ist, erhielt Bebel 10334, Pogoldt 3782 Stimmen. Bebel ist gewählt.“

Königsberg i. Pr., 21. Januar. [Der Gewerbeverein der Provinz Preußen] hat eine Petition an das Abgeordnetenhaus

gerichtet, in welcher daselbst unter Darlegung der Handels- und Industrieverhältnisse der Provinz ersucht wird, die zur Hebung derselben erforderlichen Mittel bei Aufstellung des Etats zu bewilligen und gleichzeitig der Staatsregierung anzurathen, daß der Industrie der Provinz Preußen durch den Bau von Eisenbahnen, durch Ermäßigung der Frachttarife, durch Aushebung der Eisenölle und durch Erleichterung des Grenzverkehrs aufgehoben werde.

22. Jan. [Wahl.] Bei der gestern Abend stattgehabten Wahl eines zweiten Bürgermeisters hiesiger Stadt wurde der Kreisgerichtsrath Braun in Pkt mit 64 von 75 Stimmen gewählt.

Posen, 22. Jan. [Eine von polnischer Seite veranstaltete Volksversammlung,] welche gestern hier in Angelegenheit der neuesten Ministerialverordnung betreffend die Beschränkung der polnischen Unterrichtssprache und des polnischen Sprachunterrichts an höheren Lehranstalten der Provinz Posen stattfand, ist polizeilich aufgelöst worden.

Frankfurt a. M., 22. Jan. [Die außerordentliche Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen] hat in ihrer gestrigen und heutigen Sitzung das neue Eisenbahn-Betriebs-Reglement durchberathen und angenommen, ferner einen Ausschuss zur Prüfung der zu prämiirenden Erfindungen ernannt und zwei Preise, von 3000 Thlr. und 1000 Thlr., für die Erfindung einer neuen Ruppelungsmethode, ausgesetzt. Endlich wurde ein neues Regulativ in Betreff der Vergütung für die gegenseitige Benutzung von Wagen en bloc angenommen. Nach diesem Regulativ wird künftig nicht mehr wie bisher die Zahl der von den Wagen durchlaufenen Meilen, sondern die Zeitdauer der Benutzung der Berechnung der Vergütung zu Grunde gelegt. Die Detailberatung des Regulativs wird noch fortgesetzt.

Leipzig, 21. Jan. [Die Buchdruckergehülfen.] In der heute Abend stattgehabten allgemeinen Versammlung sämtlicher Buchdruckergehülfen wurde der Beschluß gefaßt, am morgenden Tage den Prinzipalen den aufgestellten neuen Lohnsatz vorzulegen, deren Antwort darauf bis zum 24. d. M. zu erwarten und, sofern dieselbe ablehnend ausfallen sollte, sofort am 25. d. M. eine allgemeine Kundgebung einzutreten zu lassen.

Darmstadt, 22. Januar. [Civilehe.] Der Abg. Pfarrer Landmann brachte in der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer einen Antrag auf Einführung der obligatorischen Civilehe ein, der an einen Ausschuss überwiesen wurde.

Deutreich.

Wien, 20. Januar. [In der gestrigen Konferenz der Deut. Partei] sprach zuerst Graf Lonyay, welcher sich gegen eine Mißbeurteilung seiner in der letzten Konferenz eingebrachten Vorschläge verwahrte; er habe darin nur seine Ansichten über die Finanzlage niedergelegt und es für seine Pflicht gehalten, dieselben zu äußern. Dies werde er auch künftighin jederzeit thun, möge dann die Partei beschließen, was zu thun sei. Betreffs der Steuer-Reformen hätte er eine naturgemäße Erhöhung der Steuerposten gewünscht; es hätten aber zur Deduktion der Tilgungs-Quote von 4 1/2 Millionen in diesem Uebergangsjahre auch eine andere Nachforderung des Staates verwendet werden können. Die Erhöhung der direkten Steuern um 8,300,000 fl. hält er für ungerechtfertigt. Zum Schlusse des anberaumten Vortrages erklärte Lonyay, daß, wenn die Partei es wünscht, er den Beschlußantrag nicht einbringen und in der General-Debatte nur dann das Wort ergreifen werde, wenn er genöthigt sein werde, auf Bemerkungen Anderer zu antworten.

Wahrman bedauert, daß Lonyay seine Vorschläge knapp vor der Budget-Debatte und nicht früher eingebracht hat, als der Finanz-Ausschuss mit der Zusammenstellung und Prüfung des Budgets beschäftigt war.

Lonyay erwidert, zur Zeit, als der Finanz-Ausschuss mit seinem allgemeinen Bericht fertig geworden, sei es schon nicht mehr Minister-Präsident gewesen.

Finanzminister Kerkapolyi glaubt, daß Ersparungen auch auf einem anderen Wege zu erzielen wären, namentlich, wenn der Regierung das Birement für das Jahr 1872 gestattet wird; in diesem Falle könnte er schon jetzt eine Ersparnis von drei Millionen gegenüber dem Voranschlage nachweisen.

Franz Deak erblickt in dem Beschlusse Anträge zur Verbesserung der gegenwärtigen Zustände, somit dürfte die Special-Debatte Gelegenheit bieten, die einzelnen Punkte derselben zu verhandeln, umso mehr da auch Lonyay einzelne Vorschläge sofort realisierbar hält.

Graf Lonyay erklärt sich damit einverstanden.

[Municipien.] Die Pest-Stadt-Repräsentanz hat beschlossen, der Erzherzogin Gisela als Brautgeschenk sämtliche ungarische Classiker (!) in einer Prachtausgabe zu bereichern.

Znaim, 20. Januar. [Unstilles Attentat.] „Ein sechszehnjähriges Mädchen aus achtbarem Hause wurde gestern Morgens in den Niklas-Bartholomäus, um einen Bräutigam zum Verheirathen ihrer sterbenden Großmutter abgeholt. Das Mädchen blieb eine halbe Stunde im Zimmer des Cooperator's und kam dann ganz verstört auf die Straße. Von der wartenden Freundin um die Ursache ihres Aussehens befragt, erklärte sie, beinahe das Opfer eines Attentates geworden zu sein. Der Vorwand des Mädchens machte die Strafanzeige.“ Der „N. Fr. Pr.“ wird hierüber telegraphisch: „Auf Anzeige beim Dechanten hat heute Vater Franz Palfisch bei seiner Vernehmung sein unstilles Attentat eingestanden und der Familie Abbitte geleistet. Er nimmt morgen Entlassung aus dem geistlichen Stande.“

Schweiz.

Bern, 17. Januar. [Der Bundesrath und die Ligne d'Italie.] Heute, schreibt man der „R. Z.“, hatte sich der Bundesrath abermals mit einer Walliser Angelegenheit zu beschäftigen. Die Ligne d'Italie ist trotz dem die Concession aushebenden Bundesbeschlusse noch immer nicht aus den Tractanden gefallen. Graf Keraaty hat im Namen einer Anzahl französischer Actionäre beim Bundesrath und bei der Regierung des Cantons Wallis das Gesuch eingereicht, die Verhandlungen über den Antrag, betreffend die Verleigerung dieser Linie, welche am 13. d. Mts. in dem dortigen Großen Rathe stattfinden sollte, zu verschleppen, um vorher Unterhandlungen mit der seitherigen Gesellschaft über ein neues Abkommen zu ihrem Weiterbau zu eröffnen. Die vom Grafen Keraaty gemachten Vorschläge sind: Uebernahme der Verpflichtung des Ausbaues der Linie bis Wäp innerhalb 2 Jahren, nach Vornahme der bundesrathlichen Erpette; Zahlung einer Million seitens des Consortiums Keraaty an die vom Canton Wallis zu erstattenden 18 Kilometer. Die nöthigen Summen zur Vollendung dieser 18 Kilometer werden nach Maßgabe des Fortschritts der Arbeiten unter der Bedingung bewilligt, daß die Rechtsinhaber der Gesellschaft außer der ersten Million keine andere Zahlung zu leisten haben, als bis diese aufgebracht ist und bis der Canton Wallis auch über die Summe, welche er bereits in Händen hat, Rechnung abgelegt haben wird. Diese Summe soll jedoch an den durch den Canton schon ausgeführten Arbeiten in Abrechnung fallen. Was die Regierung des Cantons Wallis anbelangt, so hat dieselbe dem Gesuche des Grafen Keraaty vorläufig in sofern willfahrt, daß sie die Vorlage der bezüglichen Vorschläge im Großen Rathe bis auf heute, den 17. Januar, verlagert hat; der Bundesrath dagegen kam seinerseits zu dem Beschlusse, „daß bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge auf die Vorschläge des Grafen Keraaty nicht eingetreten werden könne; er, der Bundesrath, habe einfach die Beschlüsse der Bundesversammlung zu vollziehen, und für den Großen Rath von Wallis bestimme ebenfalls kein Grund, seine Beschlußfassung zu verlagern.“

[Dr. Kern, der Schweizerische Gesandte in Paris,] ist in Folge neu eingelaufener Reclamationen neuerdings vom Bundesrath beauftragt, endlich einmal auf Entscheidung der Frage der Regelung der

Militärpflicht-Verhältnisse von Schweizern in der Schweiz naturalisierter Franzosen und von in Frankreich geborenen Schweizern, von welchen die französische Regierung die Leistung der Militärpflicht beansprucht, zu dringen. Bekanntlich sind schon seit Jahren hierüber Verhandlungen im Gange.

[Goldmünzen.] Gestern hat der Bundesrath eine Verfügung, betreffend Prägung von Goldmünzen für Rechnung von Privaten, erlassen; dieselbe geschieht jedoch vorläufig nur in 10- und 20-Frankenstücken nach der Münz-Convention von 1865. Beträge bis 10,000 Fr. werden sofort ausbezahlt, größere innerhalb 20 Tagen. Die Preisberechnung geschieht gemäß dem Conventions-Tarif von 3100 Fr. für 1 Kilogr. Münzgold (900 Tausendstel Feingehalt). Für 1 Kilogr. Münzgold wird 15 Fr. 50 Cts. Prägelohn berechnet.

Italien.

Rom, 16. Januar. [Die Angelegenheit mit dem „Consortio nazionale“] nimmt, so schreibt man der „R. Z.“, nachgerade weitere und größere Proportionen an. Sie wissen, um was es sich handelt. Im Beginne des Jahres 1866 faßte das italienische Publikum den antipatriotischen Gedanken, die Staatschuld durch freiwillige Beiträge tilgen zu wollen. Im ersten Anlauf brachte auch diese großartige Utopie bei dem erregbaren Volke, das alles mit Leidenschaft ergreift, eine ganz erhebliche Summe zusammen; freilich nur ein Tropfen für die Amortisation der italienischen Schuld, aber doch genug etwas bedeutendes von öffentlichem Nutzen ins Werk zu setzen; wenn ich nicht irre 15 Millionen, die sich natürlich in den acht Jahren bedeutend vermehrt haben. Als nun die fürchterlichen Ueberschwemmungen dieses Spätherbstes die Halbinsel wiederholt und auf das verheerendste heimsuchten, dachte man daran, diese im Grund unnütz schlummernde Summe zur Erleichterung alles des Glücks zu verwenden. Beinahe alle Zeitungen redeten diesem Vorschlag das Wort; die bedeutendsten Zeitungen, namentlich die Mailänder, die immer voran sind in Italien wenn es gilt die Borse zu öffnen, reclamirten in dem Sinne. Vergebens. Das Präsidium des „Consortio“, an dessen Spitze Prinz Eugen von Carignan selber steht, antwortete kurz und etwas barsch: eine solche Verwendung sei statutenwidrig, und man könne auf nichts eingehen. Dief haben sich nun die Herren sehr zu Herzen genommen, und auf Antrieb Herrn Tullio Massaranti's, der selbst seiner Zeit 20,000 Frs. zum Consortio hergegeben hatte, versammelte sich das Unter-Comitee von Mailand, das den Gedanken nicht aufgeben will, aus jener schönen runden Summe das Capital einer Creditanstalt für die durch die Ueberschwemmungen so hart mitgenommenen Bauern zu machen. Die Folge aber war eine unerwartete. Das Präsidium des Consortio hatte auf den Buchstaben des Gesetzes gepoht, und es sollte sich herausstellen, daß gerade es selbst ungesetzlich gehandelt, von vornherein ungesetzlich gehandelt hatte. Die Sache liegt nämlich so. Im März 1866 veröffentlichte das Centralcomitee ein vom Prinzen von Carignan unterzeichnetes Manifest, das zum National-Unternehmen aufforderte, und erklärte: der Zweck desselben sei „die Erleichterung des öffentlichen Credits“, und „die definitive Verwendung“ (il modo definitivo di destinazione) der zu sammelnden Gelder solle vom Centralcomitee, „vereinigt mit den Vertretern des Comitees der Provinzial-Hauptstädte“, bestimmt werden. Nun wurden diese Vertreter des Localcomitees nie einberufen, noch um Rath gefragt. Das Centralcomitee octroyirte eigenmächtig die Statuten, bestimmte eigenmächtig über die „definitive Verwendung“. Die Erleichterung des öffentlichen Credits „wurde eigenmächtig in Erleichterung der Staatschuld“ umgewandelt, und als Erleichterung die Amortisation beschlossen. Im Juni 1866 ward nun das Consortio vom Staat als juristische Person anerkannt, indem ihm die Einkommensteuer erlassen wurde, eine Exemption, die freilich im August 1870, implicite, wenn auch nicht explicite, zurückgenommen wurde, und, wie's scheint, zahlt die Anstalt auch diese Steuer ganz stillschweigend seit zwei Jahren. — Natürlich war das Mailänder Comitee — das bedeutendste des ganzen Unternehmens — nicht wenig pikirt durch die brüste Antwort des Centralcomitees; es hat demnach eine sehr entschiedene Erwiderung auf jene Antwort erlassen, und scheint entschlossen vor den Staatsrath und das Parlament zu gehen, um die Rechte des Localcomitees gegen das Centralcomitee zu wahren und wo möglich die Abänderung der autorisirt octroyirten Statuten zu erlangen. Es hat sich deshalb an die andern Comitees gewandt. Klagen über Mißbräuche, über kostspielige Verwaltung u. s. w. sind bei dieser Gelegenheit gegen das Centralcomitee erhoben worden, und die öffentliche Meinung beginnt sehr aufmerksam zu werden auf den ganzen Theil der nicht allein von großem praktischen Interesse zu sein verspricht, sondern auch der Neugierde und der Klatschhaftigkeit Stoff genug bieten wird. Jedenfalls werden es die Herren vom Centralcomitee bereuen, an den Buchstaben des Gesetzes zu appelliren, anstatt an den Geist desselben. Jenes ist ihr eigenes und eigenmächtiges Werk; dieses sprach offenbar für sie. Der wahre, wenn auch unausgesprochene Gedanke von 1866 war die Tilgung der Staatschuld; es wäre höchst einfach gewesen, heute durch Befragung der Localcomitees zu constatiren: ob dieser Gedanke sich geändert hat oder nicht. Wer aber einmal seit acht Jahren an der Spitze einer Verwaltung steht, ist nicht gerne controlirt, und liebt es nicht, „seine Untergebenen“ um Rath zu fragen. Dief ist immer und überall so gewesen.

[Zum Andenken an Napoleon III.] Gestern fand im Dome zu Mailand ein feierlicher Trauergottesdienst statt, welchen sämtliche Behörden, die fine fleur der dortigen Gesellschaft und außerdem eine große Menge Menschen bewohnten. Ein Regiment Infanterie und ein Bataillon Jäger, Versagler, waren vor dem Domplate in Paradeuniform aufgestellt, um der Demonstration auch einen militärischen Anstrich zu geben. Die Generale, welche in Mailand commandiren, nebst einem zahlreichen Officierscorps, wohnten ebenfalls derselben bei. Der Dom war am Haupt-Portale mit folgender Inschrift versehen worden: „Napoleon III.“ „Erbt der Dankbarkeit.“ Dagegen veranstaltete der mailänder demokratische Verein Sammlungen, um den bei Mentana gefallenen Italianern, welche unter Garibaldi gegen eine französische Armee gekämpft haben, ein Monument zu errichten. Der gedachte Verein hat ein Manifest erlassen und damit eine Protestation gegen das Napoleondenkmal verbunden in welchem hervorgehoben wird, daß dieser Act beleidigend für die französische Republik sei, in Frankreich schmerzliche Empfindungen hervorzurufen werde und gegen das Interesse Italiens wäre, auch in seinen Verhältnissen mit den fremden Mächten dem Lande nicht vortheilhaft sein werde. — Als Napoleon den Feldzug gegen Oesterreich unternommen und in Magenta angekommen war, nahm er sein Abschieds-Quartier bei dem dortigen katholischen Pfarrer, Carlo Giardini, und entwarf daselbst die berühmte Proclamation an die Italiener, welche copirt und gedruckt wurde. Das Concept war in vier Stücke zerissen und zusammengeheftet in einem Korb geworfen worden, wo es der Pfarrer fand, die Stücke wieder zusammenlebte und unter Glas und Rahmen lassen ließ. Er hat dieses Document jetzt der ambrosianischen Bibliothek in Mailand übergeben. — Zu Ehren Napoleons III. fand gestern hier in Rom in der Kirche San Maria in Lata ein feierlicher Trauergottesdienst statt, dem sämtlich hier anwesende Verwandte des Verstorbenen, also auch der

Cardinal Bonaparte, bewohnten, dessen Aehnlichkeit mit Napoleon I. sehr auffallen ist. Nur eine Schwester des Cardinals des Grafen Carloto Primoli ist mit ihrer Tochter nach Ghibellina gereist, um dort dem Leichenbegängnis beizuwohnen. Die Feierlichkeit in der Kirche wurde mit großem Pomp in Scene gesetzt. Der größte Theil des römischen Adels, Kammerherren und Adjutanten des Königs wohnten derselben bei, sowie eine Menge der nirgendwo fehlenden Amerikaner und Engländer. Man bemerkte u. A. die Familie des Grafen Arese, eines intimen Freundes Napoleons, die Fürstin Sinetti, eine Enkelin des Marschalls Kellermann und die Marquise Del Giallo, früher Madame Risfori. Die Kirche war gedrängt voll und auf dem Plage vor derselben war während der Ceremonie ein großes Gedränge. Viele Leute, welche in dieselbe hineingehen und der Feier beizuwohnen wollten, mußten an der Thür wieder umkehren. Das Hochamt celebrierte Monsignor Sonti, Bischof von Soutria und Nepesina.

Großbritannien.

A. A. C. London, 20. Jan. [Der in Leeds tagende Congreß der Gewerk-Vereine] kam am Sonnabend zu einem Abschlusse. Vorher nahm er eine Reihe von Beschlüssen an, die das Stille-arbeitsystem, das in einigen der einflußreichsten Gewerke des vereinigten Königreichs Gang und Gabe ist, verdammen, das Verhalten der Gefängnisbehörden, indem sie gestatten, daß Artikel, die von Gefangenen fabrizirt werden, in unbilliger Concurrenz auf den Markt gebracht werden, mißbilligen, die Anwendung des Schiedsgerichtssystems auf internationale Streitigkeiten, so wie die Zweckmäßigkeit, Repräsentativ-Arbeiter in das Parlament zu wählen, beschließen.

[Mit Bezug auf Dr. Livingstone] wird aus dem Foreign-Office nachstehende Depesche veröffentlicht:

Dr. Kirk an Earl Granville. (Empfangen 15. Januar 1873.)

„Zanzibar, 5. November 1872. „Mylord! Ich habe die Ehre zu melden, daß am 2. d. Mts. einige Sklaven mit Briefen von ihrem Gebiete aus Umanjembe die Küste erreichten. Einer an meine Adresse, der hiermit in Uebersetzung beigegeben folgt, erwähnt, daß die zur Unterstützung von Dr. Livingstone ausgesandten Mannschaften denselben erreicht haben, und daß Dr. Livingstone Umanjembe ungefähr am 18. August verließ, um in das Innere aufzubrechen. Die Ueberbringer des Briefes bestätigten dieses und identificirten die Expedition von Nasir-Jungen und Anderen, indem sie der kurzen Karabiner, die sie trugen, und die ihnen von der Aufsuchungs-Expedition geliefert wurden, erwähnen. Sie sagen, daß Dr. Livingstone sich nach dem Districte Zondab und Manjema begeben hat, um die Leute, die in Höhlen wohnen, von denen alle Reisende in Ostafrika von eingeborenen Handelsleuten haben reden hören, obwohl bis jetzt noch kein Europäer zufälligerweise zu ihnen gelangt ist, zu besuchen. Es scheint, daß es bei dem Gemüth der Eingeborenen natürlicher ist, sich für Höhlen als für Flußquellen und Wasserstellen, die Dr. Livingstone's Hauptziel und Zweck in dieser neuen Reise bilden, zu interessieren. Durch einen unerklärlichen Irrthum haben die Boten, die jetzt nach der Küste gekommen sind, eine mit Briefen Sr. Hoheit Sayd Burgh u. A. gefüllte Kiste, die im Juni von Zanzibar nach Umanjembe abgeblasen wurde, intact zurückgebracht. Die Araber d. s. Innern, wahrscheinlich glaubend, daß eine geschlossene Kiste für den „weißen Mann“ bestimmt sei, der sie loeben verlassen hatte, schauten dieselbe zurück. Die Position der Araber und Mirambo scheint un verändert zu sein, und der Handel mit Umanjembe-Elephanten dieser Gegend ist noch immer geschlossen. Ich habe die Ehre, u. s. w.“ (Gezeichnet) John Kirk.“

Schweden.

Stockholm, 16. Jan. [Von der Expedition nach Spitzbergen.] Ein gestern Mittag um 11 Uhr 15 Minuten von Tromsø abgegangenes Telegramm theilt mit, daß in der Nacht zuvor (es ist zu bemerken, daß die Sonne dort jetzt noch gar nicht aufgeht und man also eigentlich von keinem Tage sprechen kann) die dort zum Entsatz der bei Spitzbergen eingestorenen norwegischen Fangmänner ausgerüstet und am 24. December abgegangene Schaluppe „Sbjörnen“ unverrichteter Sache zurückgekehrt ist. Bei Beren Island war sie auf solche Schiffe gestossen, daß sie hatte umwenden müssen. Jetzt hat man noch eine schwache Hoffnung, daß Bremer Dampfschiff „Grönland“ den eingestorenen Fangmännern Hilfe bringen wird; mag dies aber gelingen oder nicht — in ersterem Falle ist ja der Zweck erreicht und in letzterem werden die abgehärteten Männer den Winter auf Spitzbergen wohl zu überleben im Stande sein, da sie Obdach und Lebensmittel sowie auch Kleidung haben und die ergiebige Jagd ihnen zu Gebote steht — so hat die Ausrüstung des „Grönland“ von Deutschen, denen man noch vor wenigen Jahren den vollständigen Untergang in dem deutsch-französischen Kriege wünschte, nicht allein in Norwegen, sondern auch in Schweden einen äußerst günstigen Eindruck gemacht; ja man weiß in Norwegen kaum, was man dazu sagen soll und fühlt sich beschämt, daß die Deutschen glühende Kohlen auf das Haupt zu sammeln verfehen. (R. Z.)

Amerika.

Newyork. [Amtsantritt des neuen Gouverneurs.] Am Neujahrstage wurde der Gouverneur von Newyork, John Dir, in sein Amt eingeführt. Der Ex-Gouverneur Hoffman hielt eine Rede, in der er den neuen Gouverneur becomplimentirte. Dir erwiderte die Complimente und sagte alsdann, daß er den entschiedenen Ausdruck der Volksmeinung bei den letzten Wahlen in Newyork als eine entschiedene Erklärung zu Gunsten der von ihm bezeichneten Regierungsweise ansehe, und daß dies seine Last bedeutend erleichtern werde. Am demselben Tage übernahm auch Herr Washburne den Gouverneursposten von Massachusetts. In seiner Vortrags empfing er die Einführung einer Steuer auf geistige Getränke, im Staatsgefängnisse Frauen von Männern zu trennen, die Vollendung des Hoosac-Tunnels u. dergl. m. Die Staatschuld von Massachusetts beträgt 27,692,704 Dollars.

[Jay Gould] hat sich durch den Ankauf von Aktien in den Besitz der obersten Controle über die Newyork-Tribune gesetzt.

Lima, 11. Decbr. [Vorschlag des Präsidenten.] Heute, an dem für die peruanischen Waffen ruhmvollen Jahrestage der Siegeschlacht von Ayacucho, trat, so schreibt man der „R. Z.“, der außerordentliche Congreß zusammen. Die Vorschläge, womit der Präsident Pardo denselben eröffnete, steht in engem Zusammenhange mit seinem am 2. August verkündeten Regierungsprogramme. Selbst seine Feinde gestehen, daß er das Staatschiff auf dem stürmischen Meere der öffentlichen Verwaltung fest zu führen gewußt. Wie damals, so betont er auch heute die Nothwendigkeit finanzieller Reformen, und so sehr auch eine heftige Opposition Pardo's Angaben über den Zustand der Finanzen anzuzweifeln suchte, so kämpft sie heute schon nicht sowohl gegen die Wirklichkeit des Deficits, als gegen die von der Regierung vorgeschlagenen Reformen. Thatsache ist, daß die Guano-Einkünfte nur die auswärtige Schuld decken, die sonstigen Einnahmen nur zur Hälfte den Ausgaben entsprechen und somit ein jährliches Deficit von acht Millionen zu besettigen ist, wozu Pardo eine Erhöhung der Abgaben, die Gegenpartei das bequemere Mittel der Anleihen, die „wieder Geld unter's Volk bringen“, vorschlägt. Mit gerechtem Muth kann bis jetzt die thätige Regierung auf die verflochtenen vier Monate zurückblicken; sie hat nach sorgfältigen Studien eine Reihe von wichtigen Reformen bereits durchgeführt, theils für den Congreß vorbereitet. Zu den ersten gehört die Errichtung des Staatsbaubüros, die Heeres-Reorganisation und die Errichtung einer Nationalgarde, deren Bataillone, von parolirten Officieren besetzt, ein kräftiges Element der Ruhe und ein zuverlässiges Gegengewicht gegen die ehrsüchtigen Bestrebungen unruhiger Obersten

bilden werden. Es konnte allerdings nicht ausbleiben, daß die straff durchgeführte Sparpolitik in allen Zweigen der Verwaltung, besonders die Beseitigung fauler Schmaroger aus einträglichen Stellen, die strengere Ueberwachung der Beamten in einem Lande, wo fast Alles vom Staate zu leben gewohnt ist, eine Menge Mißvergnügte geschaffen hat, die schon jetzt, besonders in den wie Unkraut aus dem Boden schießenden Wühlblättern, zu schmälen, zu hegen und zu zetteln anfangen. Sollte es diesen Leuten, die keine andere Religion, als die des Geldes kennen, gelingen, festen Fuß zu fassen und den Mann zu stürzen, der, frei von den altverbrachten Trübsalern schamloser Bereicherung um jeden Preis, aus Liebe zu seinem Vaterlande sich der undankbaren Aufgabe widmet, ein verkommenes Land zu heben: dann muß man über Peru den Stab brechen als einem unheilbaren Kranken. Ein eben so schwieriger, wie gefährlicher Punkt in Peru ist die Religionsfreiheit. Die beiden Hauptbinder, das höchste Wesen nach dem Fühlen des eigenen Gewissens zu verehren, sind hier zudrüber das clericalc Interesse, welches in der staatlichen Anerkennung anderer Religionsgenossenschaften eine Einbuße oder Schmälerung der Einkünfte erblickt, und dann die Unwissenheit und der Fanatismus der niederen Volkschichten, die auf Gehelf einer mächtigen, undankbaren Priesterschaft, jedem Versuche, anderen Religionen freien Einlaß zu gewähren, einen überaus hartnäckigen Widerstand leisten. Das hat am schwersten 1866 der Präsident Mariano Prado erfahren, als er, von dem Grundsatze ausgehend, daß in einer Republik, die das löbliche Zaubermotz Freiheit auf ihr Banner geschrieben, vor Allem Gewissensfreiheit herrschen müsse, die Freiheit der christlichen Gulte vor den Congress brachte. Aber die peruanische Priesterschaft, mit einer Legion von fanatischen alten Weibern und exaltierten, meist trunkenen Männern, bewies, daß das wilde Gezeier einer blindlings folgenden Masse mehr Gewicht hat, als das Wort einsichtiger Leute, die ihrem Vaterlande einen Dienst zu erweisen streben, als sie einen schmutzigen Flecken aus seiner Verfassung zu tilgen suchten, um frische Kräfte aus der Ferne leichter herbeizujehen. Allgemein hofft man, daß die jetzige liberale Regierung ihren Einfluß auf den Congress geltend machen will, um es den zahlreichen Andersgläubigen in Peru zu ermöglichen, öffentlich ihren religiösen Gefühlen Ausdruck zu geben, anstatt in abgelegenen Behäusern in dunklen Straßen flüchten zu müssen. — Schließlich theile ich Ihnen noch mit, daß Anfangs December die beiden ersten Dampfer der neuen Linie, welche die Magellanstraße passieren, in Callao angekommen sind. Der Wbite Star in Liverpool sandte ein prächtiges Schiff, den „Republican“, welcher allgemeines Aufsehen in Callao und Lima hervorrief. Der englische Agent Mr. Soans gab zur Feier der ersten Fahrt ein großes Festmahl an Bord, dem mehr als 300 Herren und Damen aus den ersten Kreisen beizuhöhen. Die hantburger Gesellschaft Kosmos hatte den „Karnak“ gesandt, ein Schiff von beachtlichen Dimensionen, das sich in der Bat von Callao neben den „Republican“ legte und eben nicht zu seinen Gunsten gegen seinen stattlichen Nebenbuhler abfiel.

Newyork, 4. Januar. [Die Union und die Sandwich-Inseln.] Die Regierung der Vereinigten Staaten erscheint nicht nur geneigt zu sein, die Sandwich-Inseln zu annektiren, sondern es gar nicht abwarten zu können. Man glaubte hier und da, daß die Engländer einige Annetionsgelfüste hegen oder wenigstens eine Annetcion von Seiten Amerikas nicht dulden würden, und glaubte in der plötzlichen Abreise des englischen Kriegsdampfers „Sparrowhawk“ einen Beweis hierfür zu sehen. Daher gab denn die amerikanische Regierung den Befehl, daß alle Kriegsschiffe im Stillen Ocean sich nach Honolulu begeben sollen. General Scholfield, der auf dem amerikanischen Dampfer „California“ nach der Inselgruppe sich begab, wurde beauftragt mit dem dortigen amerikanischen Gesandten, General Pierce, gemeinsam zu verhindern, daß fremder Einfluß einen Vorprung gewinne.

[Der Krieg gegen die Redoc-Indianer.] Die neueren Posten bringen nähere Mittheilungen über den Krieg, welcher gegenwärtig mit den Redoc-Indianern geführt wird. Hiernach hatte man im Jahre 1864 den Redoc und den Klamath ihre Jagdgründe in Süd-Oregon und Nord-Californien abgetheilt, und sie auf ein kleines Gebiet beschränkt, das beide Stämme seit jener Zeit friedfertig bewohnt haben. Im Jahre 1870 jedoch verließ ein unter dem Namen Capitän Jach bekannter Häuptling mit einer Bande Redoc das Gebiet und begann weit und breit im Lande die fährstien Räubereien. Die Klagen nahmen schließlich überhand und die Regierung befohl dem unternehmenden Capitän Jach in aller Strenge, wieder nach dem Gebiete seines Stammes zurückzukehren. Diesen Befehl ließ der große Krieger in eßen unbesolgt, und nun begannen die Feindseligkeiten. Lange hin und hergehebt, zogen sich die Indianer endlich nach einer sehr eigenthümlichen Gegend zurück, wo sie heute belagert werden. Es ist dieser Landstrich auf der Südküste des Salafes gelegen, besteht aus Lavaböden, meist von tiefen Schluchten und Rissen durchzogen, die bis 100 Fuß tief und in vielen Fällen etwa eben so breit sind. Zahlreiche Höhlen ziehen sich nach allen Richtungen unter der Oberfläche hin, und die Indianer wissen sich in denselben trefflich zu verbergen. Der Hauptausgangsort der Bande ist die Ben-Bright's Höhle, die etwa 15 Morgen Ausdehnung unter der Erdoberfläche, eine gute Wasserquelle und viele kleine Ausgänge hat, durch die sich ein Mann zur Noth durchwinden kann. Capitän Jach hält diesen Schlupfwinkel, dessen Hauptausgang von der Größe eines Fensters ist, mit 120–150 Krieger, und alle Anstrengungen, selbst mit Kanonen und Mörsern die Strokle auszukutreiben, waren bis jetzt erfolglos. Dabei hat die Fortführung des Kampfes im tiefsten Winter und in einer so eigenthümlichen Gegend große Schwierigkeiten.

Provincial-Beitrag.

H. Breslau, 22. Januar. [Bezirksverein für Ober- und Sandvorkast.] In der gestern Abend bei Casperke abgehaltenen Versammlung theilte der Vorsitzende zunächst mit, daß der durch die Herren Kaufmann Rubolf und Restaurateur Gräber ergänzte Vorstand die Herren Dr. Thiel zum Vorsitzenden, Dr. Weiss zum Stellvertreter desselben, Lehrer Kriest zum Schriftführer, Dr. Henneß zu dessen Stellvertreter und Bureau-Vorsteher Melzer zum Kassirer ernannt habe. Die Einnahmen des Vereins haben im v. J. 185 Zhlr., die Ausgaben 134 Zhlr. betragen, so daß ein Bestand von 51 Zhlr. verblieben. — In Bezug auf die vom Vereine nachgesuchte Verlegung des Zollhauses an der Sandbrücke überbandt das königl. Polizei-Präsidium dem Verein Abschrift einer Benachrichtigung zur Kenntnissnahme, welche Magistrat gegeben. Danach hat eine Beschlusfassung wegen Ausführung des qv. Baues noch nicht herbeigeführt werden können, weil noch mehrfache Störungen bezüglich des Bauauschlages mit den betreffenden Bautechnikern stattfinden müssen. Die Versammlung spricht ihren Dank für die Mittheilung und zugleich ihre Anerkennung aus über die Form der geschäftlichen Erledigung, welche die bei dem Polizei-Präsidium eingebrachten Anträge finden. — Die von dem Magistrat in Aussicht genommene Vermehrung der vier vor dem Sandthore befindlichen Armeabtheile um zwei erachtet der Verein bei der zunehmenden Bevölkerungszahl und der großen Ansprüche, welche an die Bezirksvorsteher gemacht werden, als dringend geboten. — Im Anschluß an verschiedene Mittheilungen aus der Stadtverordneten-Versammlung wird der Antrag eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen zu wollen, ob und in welcher Weise die Vorlagen für die Stadtverordneten-Versammlung im Abonnementwege dem größeren Publikum zugänglich gemacht werden können, da die bloße Bezugnahme auf dieselben während der Verhandlungen sehr oft dem Publikum, welches nicht in deren Besitz ist, das Verständnis erheblich erschwert. Der Antrag wurde einstimmig angenommen mit der Maßgabe, daß die Form, in welcher die Veröffentlichung der Vorlagen erfolgen könne, der Stadtverordneten-Versammlung anheimzugeben sei. — Die von dem Vereine nachgesuchte Zulassung des sog. Bettelkolles schreitet in erfreulicher Weise vor. Es wurde beschlossen, wegen Abhilfe in Bezug auf die neuen Oberbrücken und der Sandbrücke bei auch nur einigermaßen frühem Wetter ganz unpassierbar machenden Schmutzlachen, sowie wegen Vorlage wegen Passirbarkeit des

engen Theiles der Weinstraße (Aufstellung von Brellsteinen) vorstellig zu werden und die Promenaden-Deputation zu ersuchen, die fast abgeforderte Maßnahme längs des Lehmamms durch eine angemessene lebende Hecke zu ersetzen. — Bezüglich der auf der Tagesordnung stehenden Besprechung des städtischen Armenwesens weist der Vorsitzende auf die in der Stadtverordneten-Versammlung zum Beschluß erhobenen Anträge auf Reorganisation fast sämtlicher städtischer Verwaltungen hin. Es empfehle sich, die Anträge der Bürger über diese Angelegenheiten zu hören. In Bezug auf die Reorganisation der städtischen Feuer-Societät habe der Grundbesitzer-Verein bereits verhandelt und Beschlüsse gefaßt, denen man sich anschließen könne. Es erscheine daher nicht geboten, über diese Angelegenheit noch ferner zu verhandeln. Für eine Besprechung der Reorganisation des städtischen Armenwesens sagt Herr Rodel, welcher Vorsitzender der für dieselbe von der Stadtverordneten-Versammlung niedergelegten Commission ist, eingehende Mittheilungen zu. Die Angelegenheit soll auf die Tagesordnung der nächsten Vereinsfassung gesetzt werden. — Das in der letzten Versammlung beschlossene Vereinsfest soll am 15. Febr. d. J. bei Casperke gefeiert werden. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

H. Breslau, 22. Januar. [Der Bezirksverein des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt] hielt nach längerer Unthätigkeit gestern Abend wieder eine Sitzung im unteren Saale des Café restaurant ab, auf deren Tagesordnung als Hauptgegenstand die Frage wegen Fortbestand oder Auflösung des Vereins stand. Derselbe war ziemlich zahlreich besucht. An Stelle des verhinderten Vorsitzenden, Herrn Dr. Lipschitz, leitete Hr. Dr. Pinoff die Verhandlungen. Nachdem derselbe einige kurze Mittheilungen über die Thätigkeit des Vereins im vergangenen Jahre, in welchem derselbe nur 6 Sitzungen abhielt, gemacht hatte, berichtete Herr Kaufmann L. A. Schlegel über den Stand der Kasse. Die Einnahmen derselben betrugen 65 Zhlr. 10 Sgr. 10 Pf., die Ausgaben 44 Zhlr. 20 Sgr. 8 Pf., so daß ein Bestand von 20 Zhlr. 20 Sgr. 8 Pf. verbleibt, zu welchem noch ein Sparkastenbuch von 50 Zhlr. und die Mitgliederbeiträge von IV. Quartal 1872, die bisher noch nicht eingezogen wurden, treten. Die Rechnung wird von den Herren Heidemann und Bollrath revidirt und in Ordnung befunden. Dem Kassirer wird Decharge erteilt. — Für den eingebrachten Antrag, den Verein aufzulösen, spricht nur Hr. Heidemann, die Herren Schlegel, Hoffmeister, Dr. Pinoff, Bollrath, Kaufmann, Leby, Elsner, Mai und Dr. Eger erklären sich gegen denselben. Von den Herren Dr. Pinoff und Schlegel wird mitgeteilt, daß früher, dem Vorstande angehörende, sehr thätig gewesene Mitglieder sich bereit erklärt haben, wieder in den Vorstand einzutreten und in denselben thätig zu sein. Die Versammlung erklärt sich fast einstimmig für den Fortbestand des Vereins. Ein Antrag des Hrn. L. Leby, den Vorstand zu ermächtigen, den Verein nur gelegentlich einzuberufen, wenn wichtige Fragen vorliegen, wird abgelehnt. — Bei der sodann vorgenommenen Neuwahl des Vorstandes werden gewählt die Herren: Hugo Bräuer Althoff, Dr. Eger, Schulmeister Elsner, Fleischermeister Lehmann, Fischwarenhändler Lehmann, Schloßmeister Liebermann, Kaufm. R. Mai, Dr. Pinoff, Rohgerbermeister Scheurig, Kaufm. Schlegel, Dr. Stein, Chemiker Thiel, Kaufm. Bollrath, Rechtsanwält Wiener und Weißgerbermeister Wärbig.

„[Geburten und Mortalität.] Im Laufe der lektverfloßenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 84 Kinder männlichen und 81 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 165 Kinder, wovon 30 außerehelich; als gestorben 78 männliche und 71 weibliche, zusammen 149 Personen incl. 5 todtgeborener Kinder.

Δ Schweinitz, 21. Januar. [Concert. — Theater. — Evangelisches Krankenhaus. — Erweiterung der Gasanstalt.] Am 17. d. Mts. veranstaltete Lehrer Fröblich unter Mitwirkung zahlreicher hiesiger Gesangsvereine in dem Saale der Restauration der Braucommune ein Concert, dessen Ertrag zur Unterstützung der durch die Sturmfluth geschädigten Bewohner der Dörschule bestimmt ist. Die Sammlungen für diesen mildthätigen Zweck werden in der Stadt wie im Kreise fortgesetzt. — Am 19. d. Mts. eröffnete Schauspieldirector Georgi, der vom Ende des Monats October bis Mitte dieses Monats in Reise gewelt hat, den zweiten Cyclus seiner dramatischen Vorstellungen für die Winteraison mit dem historischen Lustspiel von Robert Schiller „Was Gott zusammengefügt, das soll der Mensch nicht scheiden.“ Das Haus war vollständig gefüllt. Wir wünschen dem strebsamen Director ferner so günstigen Erfolg. — In dem evangelischen Krankenhaus sind seit dem Tage der Eröffnung, d. h. vom 15. Mai 1872 bis zum 31. December 1872 insgesammt 98 Personen ärztlich behandelt worden. Davon wurden 81 im Laufe selbst verpflegt, während die übrigen 17 zur ärztlichen Rath oder chirurgische Hülfsleistung daselbst erhielten. Von den 81 stationirten Kranken sind 48 geheilt, 14 geheilt entlassen worden, 10 gestorben und 9 am Schlusse des Jahres in Behandlung verblieben. — Bevor noch das behauptete Wasserwerk wird in Angriff genommen werden, hat eine andere bedeutende Ausgabe der Commune, deren Rentabilität übrigens nach den bisher gemachten Erfahrungen gesichert ist. — Der in Folge der Erweiterung der Stadt ungemein erhöhte Consum des Gases, worauf man bei der vor 10 Jahren erfolgten ersten Anlage kaum zu hoffen gewagt hat, erreicht die Herstellung eines neuen Gasometers, sowie ein erweitertes Rohrrennen. Für die Ausführung des letzteren sind 16,000 Zhlr. veranlagt. Die darauf hinielende Vorlage wird in der bevorstehenden Sitzung der Stadtverordneten eingebracht werden.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 22. 23.	Nachm. 2 U.	Morg. 10 U.	Morg. 6 U.
Aufdruck bei 0°	324° 22	324° 57	353° 58
Aufdruck bei 10°	+ 3° 1	+ 0° 2	+ 0° 9
Aufdruck bei 20°	1° 59	1° 60	1° 91
Luftfeuchtigkeit	60 pCt.	79 pCt.	88 pCt.
Wind	SW. 2	SD. 2	S. 1
Wetter	heiter.	heiter.	trübe.

Breslau, 23. Jan. [Wasserstand.] D. H. 15 F. 4 Z. U. A. — F. 6 Z.

Breslau, 22. Januar. Die Börse wechselt täglich die Farbe und kann augenscheinlich keine bestimmte Richtung verfolgen; sie verfährt dabei mit unheimlicher Selbstthätigkeit und läßt sich auch nicht so leicht durch die von Auswärts eintreffenden Meldungen von ihrer einmal eingeschlagenen Bahn abbringen. Wenn mehrere während des heutigen Geschäftes in drei Depeschen, daß dort die Festigkeit im Juni, und die späteren Depeschen weisen zur Bestätigung d. h. auf bessere Course auf; trotzdem war und blieb hier die Stimmung durchaus matt. Die Geringsfügigkeit der Umsätze machte den Blauverlauf das Spiel leicht, indem wiederum mannigfache benutzende Gerüchte nicht nur Verbreitung, sondern auch zum Theil Glauben fanden. (Der Tod der einflussreichen Großfürstin Helena mußte den Conjectural-Politikern ebenfalls Stoff zu Bemerkungen über Rußland und seine Beziehungen bieten.) Die Speculationswerthe letzten bereits etwas niedriger ein, als die gestrigen Schlusscourse waren und es schien anfänglich fast, als wolle eine festere Stimmung sich Bahn brechen. Während Lombard sich in dem höheren Course behaupteten, gingen aber Staatsbahnactien und österreichische Creditactien bedeutend herab und schlossen unter den Anfangsnoteirungen. Die Umsätze blieben in sehr engen Grenzen. Auch für österreichische Bahnen war keine günstige Stimmung, die Course gingen bei tragem Geschäft zurück und schloßen besonders österreichische Nordwestbahn und Galizier angeboten. In österreichischen Fonds war der Verkehr sehr schwach und erfuhren auch diese Effecten Courseinbußen. Andere auswärtige Fonds blieben fast vollständig geschäftlos und waren, da ein Angebot in diesen Werthen gerade nicht auftrat, auch die Coursevariationen meist unbedeutender Natur. Von russischen Fonds ging Einiges in Vtr.-Anleihen um, im Ganzen blieb aber auch hier das Geschäft sehr still. Preussische und deutsche Fonds behaupteten gut ihre Course, traten aber nur in geringen Verkehre. Preussische Central-Vobencredit-Pfandbriefe lebhaft zu etwas herabgesetztem Course. Prioritäten hielten sich gut, gingen jedoch nur wenig um. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markt war die Stimmung bei sehr geringem Verkehre matt und notiren fast sämtliche Bahnactien, wenigstens so weit sie überhaupt gehandelt wurden, niedriger. Leichte Bahnen hielten sich ziemlich im gestrigen Niveau, nur Oppreussische Südbahn und Weimar-Gera zogen etwas an. Wegen mangelnder Kauflust blieb es auch im Prämiengeschäft sehr still. In Bank-Actien fand nur ein sehr ruhiges Geschäft statt und waren vielfach die Course durch vorliegende Verkaufsdresen gedrückt. Disconto zwar besser, aber sehr still. Thüring. Bankvereine belebt steigend, Quistorp in großem Verkehre und bis zum Schluß stark gesucht. Thüring. Bank belebt. Spirit. Brede steigend, Producten- und Handelsbank reger. Dresdener Bank 100% Br., Dresdener Handelsbank 100% bez. u. Gd., Göttinger Vereinsbank 107% bez. u. Gd., Halle'scher Credit 95% bez. u. Gd., Hamburger Bankverein 112 Gd., Leipziger Disconto 110% Gd., Wiener Anleihe 127% bez. Für Industriepapiere nicht feste Haltung, obgleich auch hier der Verkehre beschränkt blieb. Von Brauereien waren

Königsstadt und Unionsbr. belebt. Eisenbahnbau und Reichsbau-Gesellschaft rege, desgleichen Eggefort Salz, City und Centralactorei Westend begehrt. (Want- u. S.-S.)

B. Stettin, 22. Januar. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: trübe. Temperatur + 3° R. Barometer 27° 4". Wind: SW. — Weizen fest und höher, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 48–63 Zhlr. bez., beßerer 64–74 Zhlr. bez., feiner 75–83 Zhlr. bez., pr. Januar 82 Zhlr. nom., pr. Frühjahr 83 1/2, 1/2, 1/2 Zhlr. bez., Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 88 1/2, 1/2, 1/2 Zhlr. bez. u. Br., pr. Juli-August 82 1/2 Zhlr. bez., Br. u. Gld., pr. August-September 82 1/2 Zhlr. bez., pr. September-October 79 1/2 Zhlr. Gld., 80 Zhlr. Br. — Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco ger. 50–54 1/2 Zhlr. bez., feiner bis 56 1/2 Zhlr. bez., pr. Januar 54 Zhlr. bez., pr. Februar-März 54 1/2 Zhlr. bez., pr. Frühjahr 55, 55 1/2, 1/2 Zhlr. bez., Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 54 1/2, 55, 54 1/2 Zhlr. bez. u. Gld., 55 Zhlr. Br., pr. Juni-Juli 55 Zhlr. bez., pr. September-October 53 1/2 Zhlr. bez. u. Gld. — Gerste behauptet, pr. 2000 Pfd. loco 50–56 Zhlr. bez. — Hafer unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 38–45 Zhlr. bez., pr. Frühjahr und Mai-Juni 45 1/2 Zhlr. bez. — Erbsen still, pr. 2000 Pfd. loco 42–47 Zhlr. bez., pr. Frühjahr 48 1/2 Zhlr. bez. — Wintererbsen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 102 1/2 Zhlr. bez. u. Gld., 102 1/2 Zhlr. Br. — Rübsöl still, pr. 200 Pfd. loco 23 1/2 Zhlr. Br., pr. Januar u. Februar 22 1/2 Zhlr. bez., Br. u. Gld., pr. Februar-März 22 1/2 Zhlr. bez. u. Gld., 22 1/2 Zhlr. Br., pr. April-Mai 23 1/2 Zhlr. Br. u. Gld., pr. September-October 23 1/2 Zhlr. Br., 23 1/2 Zhlr. Gld. — Spiritus etwas höher, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß 18 1/2 Zhlr. bez., pr. Januar u. Februar 18 1/2 Zhlr. bez., pr. Frühjahr 18 1/2 Zhlr. bez., pr. Mai-Juni 18 1/2 Zhlr. Gld., 18 1/2 Zhlr. Br., pr. Juni-Juli 19 Zhlr. Br. — Petroleum loco 6 1/2, 1/2 Zhlr. bez., Regulirungspreis 6 1/2 Zhlr., pr. Januar 6 1/2 Zhlr. Br., pr. Februar-März 6 1/2 Zhlr. Br., pr. Septbr.-Octr. 6 1/2 Zhlr. Gld. — Angemeldet: 5000 Ctr. Roggen.

Regulirungspreise: Weizen 82, Roggen 54, Rübsöl 22 1/2, Spiritus 18 1/2 Zhlr. — Heutiger Landmarkt: Weizen pr. 25 Schffl. 60–81 Zhlr., Roggen pr. 25 Schffl. 53–57 Zhlr., Gerste pr. 25 Schffl. 40–49 Zhlr., Hafer pr. 26 Schffl. 26–32 Zhlr., Erbsen pr. 25 Schffl. 50–54 Zhlr., Kartoffeln pr. 24 Schffl. 13–16 Zhlr., Heu pr. Ctr. 22 1/2–27 1/2 Sgr., Stroh pr. Schock 7 bis 9 Zhlr.

Frankfurt a. M., 20. Januar. [Berein Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen.] Die außerordentliche Generalversammlung des Vereins Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen wurde heute Vormittag eröffnet. Nach kurzer Begrüßung der ca. 120 Anwesenden durch den Geh. Regierungsrath Kournier gelangte der Verwaltungsbericht der geschäftsführenden Direction des Vereins für die Zeit von der Berliner General-Versammlung (August 1871) bis zur jetzigen außerordentlichen General-Versammlung zum Vortrag. Dem Vereine gehören gegenwärtig 51 deutsche, 34 österreichische und 7 fremdlandische Verwaltungen an. Von den gesammten 92 Bahnen sind 17 Staatsbahnen, 6 Privatbahnen unter Staatsverwaltung, 2 Staatsbahnen im Privatbetriebe, die übrigen Privatbahnen im Betriebe von Actien-Gesellschaften. Das Vereinsgebiet hat sich in den letzten 17 Monaten um 830,77 Meilen ausgedehnt und umfaßt jetzt 5241,26 Meilen, von denen 3063,08 Meilen auf die deutschen, 1837,05 Meilen auf die österreichischen und 341,13 Meilen auf die fremdlandischen Bahnen kommen. — Im nächsten Jahre soll abermals eine Techniker-Versammlung abgehalten werden; den Ort der Versammlung wird der Vorsitzende derselben bestimmen. — Die Tarif-Änderungen sollen in Zukunft obligatorisch durch die Vereinszeitung veröffentlicht werden, und zwar nach einem noch näher zu formulirenden Schema. — Die am 16. Juli 1872 ausgeschriebenen Beiträge zur Vereinskasse haben die Summe von 12,638 Zhlr. ergeben; der Erlös aus dem Verkauf herrenloser Wagenausstattungs-Gegenstände, die aus dem letzten Kriege her noch auf den Stationen Deutscher und Berlin lagern, sollen nach Beschluß der Versammlung als außerordentliche Einnahme ebenfalls der Vereinskasse zuleiten.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist Abänderung des Vereins-Statuts. Die von der Direction vorgeschlagenen Änderungen werden einstimmig genehmigt.

Hierauf folgt die Berathung über den Antrag, ein statistisches Central-Bureau für den Verein zu errichten und eine Statistik der Güterbewegung auf den Eisenbahnen einzuführen. Nach längerer Debatte wird bei der Abstimmung unter Ablehnung mehrerer anderen Anträge beschlossen, die Beschlußfassung über die Errichtung eines statistischen Central-Bureaus von der Tagesordnung abzulehnen.

Eine lebhafte Debatte rief, wie der „B. V. G.“ berichtet, der nächste Gegenstand der Tagesordnung hervor: Berathung und Feststellung eines gemeinsamen Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen im Gebiete des Vereins. Der Referent Dr. Schöper (Wilmshagen Westbahn) berichtete über die Verhandlungen der Commission und beantragt:

I. Der General-Versammlung die Classification des sog. Tarifverbandes als Vereins-Classification mit der Maßgabe zu empfehlen, daß dieselbe (mit bestimmter bezeichneter Ausnahme) als vertragmäßig verbindlich bei sämtlichen Verbandverkehren im deutschen Reiche und bei den Verbandverkehren der deutschen Eisenbahnen mit den österreichisch-ungarischen und den übrigen zum Vereine Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen gebörenden Eisenbahnen zur Anwendung komme und daß angefordert werden solle, dieselbe successiv auch in den Lokalverkehren zur Geltung zu bringen.

II. Die Einrichtung einer Wagenabgabekasse für in größeren Quantitäten aufgegeben zusammengegebene Güter, aller Klassen als Theil der einzuführenden vertragmäßig verbindlichen Classification der General-Versammlung nicht zu empfehlen.

III. Der General-Versammlung nachstehenden Vorschlag zu machen: Als Organ für die Fortentwicklung des einheitlichen Tarifs bestell der Verein Deutscher Eisenbahn-Verwaltungen eine Commission von 20 Mitgliedern, welche thunlichst aus den verschiedenen Interessengruppen der dem Vereine angehörigen Verwaltungen zu wählen sind. Dieser Commission wird die Befugnis erteilt, die an dieselbe gelangenden Anträge auf Classifications-Veränderungen einzeln oder endgültig zu erledigen. Solche Anträge sind von der antragstellenden Verwaltung sämtlichen Vereins-Verwaltungen mitzutheilen. Verwaltungen, welche gewisse Classifications-Veränderungen für dringlich erachten, sind berechtigt, bis zur Herausgabe der zu fallenden Entscheidung interimistisch Landesstaris aufzustellen. Die Commission wird jeweilig auf die Dauer einer Verwaltungsperiode bestellt. Dieselbe hat in bestimmten, den Verwaltungen bekannt zu gebenden Zeitabschnitten zusammenzutreten und faßt ihre Beschlüsse über die Classificationsänderungen mit Dreiviertelmajorität.

Dem gegenüber beantragt Herr v. Schmersfeld Namens der preussischen Staatsbahnen: „Die Generalversammlung wolle sich für die allgemeine Annahme des Gewichts- und Wagenraum-Tarifsystems, wie solches u. A. auf den Eisenbahn-Verwaltungen des Vereins zur Einführung gelangt ist, ansprechen und die Tarif-Commission beauftragen, einen diesbezüglichen Entwurf der nächsten Generalversammlung vorzulegen.“

Geb. Rath v. Schmersfeld (Nieder-Schlesisch-Märkische Bahn) beantragt zunächst, daß kein Antrag nicht noch der Begutachtung der Commission unterlegen habe. Das Gewichts- und Wagenraum-Tarifsystem, wie es vorgeschlagen, habe sich besonders in Elb-Verkehr auf's Günstigste bewährt; der Handelsstand sei mit diesem System ganz einverstanden, das Spediturwesen werde dadurch nicht befördert, sondern viel eher vermindert. Der Ertrag der Aktsmeile habe sich nicht unbedeutend erhöht. Er empfehle dringend die Annahme seines Antrages, weil sonst ein einstimmiger Beschluß nicht zu Stande kommen könne, da die preussischen Staatsbahnen nicht in der Lage seien, den Anträgen der Commission zuzustimmen. — Der Director der Elb-Verkehr des Reichs-Eisenbahnen giebt einige statistische Daten über den Güterverkehr auf den seiner Leitung unterstellten Bahnen. Trotzdem auf den elbischen Bahnen der Tarif niedriger als auf den preussischen Staatsbahnen sei, gestalte doch das dortige Classificationssystem eine nicht unwesentliche Mehrbelastung der Aktsmeile und einen höheren Ertrag der Aktsmeile (1,52 Sgr. mehr). Der elbische Handelsstand sei mit dem neuen Tarif vollständig zufrieden, wenigstens seien bis jetzt noch keine Klagen laut geworden. Der Entwurf, dieser Tarif basire auf dem Spediturwesen, müsse doch erst näher bewiesen werden; nach Ausspruch der Straßburger Handelskammer habe sich das Spediturwesen gegen früher nicht vermehrt. Je schneller, billiger und zuverlässiger die Güterbeförderung eingerichtet werde, je mehr werde sich das Vertrauen des Publikums steigern. — Director Schmidt (Magdeburg-Leipzig) tritt diesen Ausführungen entgegen. Jeder vernünftige Tarif müsse auf der größtmöglichen Ausnutzung der Tragfähigkeit der Wagen beruhen, ein stets zureichendes Verhältnis zwischen Tragfähigkeit und Rauminhalt der Güterwagen sei jedoch bisher nicht erzielt worden und die Selbstkosten dürften nicht allein den Ausflagel bei Aufstellung des Tarifs abgeben, das hieße die eine Klasse der Bevölkerung auf Kosten der anderen zu bereichern. — Assessor Bächtemann (Berlin-Potsdam-Magdeburg) spricht für die Annahme des von Schmersfeld'schen Antrages; die Eisenbahnen seien nicht im Stande, sich für immer den Anforderungen des Publikums zu verschließen. — Der Vertreter

Der österreichische Südbahnhof erklärt, daß die österreichisch-ungarischen Bahnen, mit Ausnahme nur einer Verwaltung, geneigt seien, zu Gunsten eines einheitlichen Tarifsystems dem Commissionsantrage zuzustimmen, daß sie jedoch nicht dem Eisenbahngesetz Tarifsystem beitreten können. — Ober-Regierungs-Rath Krosch (Böhmische Staatsbahnen) spricht sich im Allgemeinen günstig für den einheitlichen Tarif aus. — Der Vertreter der Königs-Windener Bahn ist der Ansicht, daß jede neue Einrichtung der Eisenbahnen sich auf das praktische Bedürfnis stütze, aus demselben hervorgehen müsse. Das jetzige Tarifsystem sei auch diesem Bedürfnis entgegen, und wenn dasselbe jetzt zu einem Chaos geworden, so liege die Schuld daran, daß man jeder einzelnen Verwaltung die willkürliche Veränderung der Klassen möglich mache. Das einheitliche System sei überhaupt kein System; es lasse ganz verschiedene Sätze für die Benutzung eines und desselben Wagens, sowie für die Verladung ein und desselben Artikels zu und gebe das Publikum ganz und gar in die Hände der Expeditoren. Weiter sei zu bedenken, daß das einheitliche System für viele Artikel eine Tarifveränderung in sich schließe, die sich das Publikum nicht gefallen lassen werde. Die Commissionsvorschläge beabsichtigen nichts weiter, als statt der jetzigen Willkür bei der Classificationsveränderung eine Einheit zu schaffen und deshalb sei die Annahme derselben dringlich zu empfehlen. — Baumeister Babel (Böhmische Bahnen): Wollte man reformieren, so solle man nicht an veraltete Formen, sondern an die neue gute Form des einheitlichen Tarifs anknüpfen. Die wenigen damit verbundenen Tarifveränderungen werde das Publikum angeht, der vielfachen Ermäßigungen gern auf sich nehmen.

Der Regierungsrath Förster (Berlin-Stettin). Ansicht der bündigen Erklärung der preussischen Staats-Eisenbahnen, auf einen Classificationstarif nicht eingehen zu wollen, und um nicht das Obium auf sich zu laden, als habe der Verein nur die Interessen der Eisenbahnen und nicht die des Publikums im Auge, sei dringlich die Annahme des Antrages der Niederschlesisch-Märkischen Bahn zu empfehlen.

Nach dem Schlußwort des Referenten wird der Antrag der Niederschlesisch-Märkischen Direction mit 171 gegen 79 Stimmen abgelehnt, der Commissions-Antrag mit 176 gegen 76 Stimmen angenommen. Ein vom Director Bickmann (Berlin-Potsdam-Magdeburg) eingebrachter Antrag: „Die Commission zu beauftragen, die Bildung einer allgemeinen Wagenladungsclassen (für Expeditoren) in nochmaliger Beurtheilung zu nehmen und über die Modificationen der Classification des Tarifverbandes Vorschläge zu machen, welche sich daraus ergeben“, wurde mit 174 gegen 72 Stimmen abgelehnt.

Posen, 22. Januar. [Produkten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Liter) behauptet. Rübungspreis 53 1/2. Get. — Weizen 53 1/2 bez. u. Br., Januar-Februar 53 1/2 bez. u. Br., Februar-März 54 bez. u. Br., Frühjahr 54 1/2 bez. u. Br., April-Mai 54 1/2 bez. u. Br., Mai-Juni 54 1/2 bez. u. Br., Juni-Juli —. Spiritus (pro 1000 Liter 4) geschäftlos. Rübungspreis 17 1/2. — Get. 20,000 Liter. Januar 17 1/2, Februar 17 1/2, März 17 1/2, April 17 1/2, Mai 17 1/2, Juni 17 1/2, Juli 18 1/2, August —, Juni-Juli —.

Posener Markt-Bericht. Weizen: fester, pro 1050 Kilogr. feiner 83—95 Tblr., mittel 83—85 Tblr., ordinär und defect 75—80 Tblr. — Roggen: ruhiger, pro 1000 Kilogr. feiner 56—57 Tblr., mittel 54—55 Tblr., ordinär 52—53 Tblr. — Gerste behauptet, pr. 925 Kilogramm feine 46—47 1/2 Tblr., mittel und ordinär 43—45 Tblr. — Hafer: rau, pr. 625 Kilogramm feiner 26—27 Tblr., mittel u. defect 24—25 Tblr. — Erbsen: preishaltend, pro 1125 Kilogr. Koch-Erbsen 53—55 Tblr., Futter-Erbsen 48—50 Tblr. — Lupinen: gefragt, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—35 Tblr., blaue 26—32 Tblr. — Wicken: beachtet, pr. 1000 Kilogr. 43—45 Tblr. — Delfsaaten: pr. 50 Kilogr. Rays — Tblr., Raps — Tblr. — Leinsaamen: wenig verändert, pro 50 Kilogramm 78—82 Tblr. — Buchweizen: still, pr. 75 Kilogr. 46—49 Tblr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Regnerisch.

Wien, 22. Januar. [Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.]

Notenumlauf	321,125,880	Abnahme	2,422,970	Fl.
Metallohalt	142,938,223	Zunahme	20,300	„
In Metall zahlbare Wechsel	4,722,048	Zunahme	137,411	„
Staatsnoten, welche der Bank gehören	1,835,122	Zunahme	389,817	„
Wechsel	172,323,219	Abnahme	2,963,049	„
Lombard	28,997,100	Abnahme	129,900	„
Eingelste und börsenmäßig angekaufte Pfanndbriefe	3,736,600	Zunahme	45,934	„

Paris, 20. Januar. [Börse.] Der Markt zeigt sich unschlüssig und obgleich die Baisse sich als Reaction nach der Haufe der Vorwoche aus Gründen der finanziellen Situation leicht erklären ließe, so will man doch auch Gründe der Politik, die Verödigung des Ausgleichs zwischen der Regierung und den 30, geltend machen. Uebrigens ist der Rückschritt der meisten Werthe ein sehr unbedeutender, wenn er überhaupt vorhanden, was für Deutschland z. B. nicht der Fall.

Berlin, 22. Januar. Weizen: Termine gefragt und höher. Gefündigt 4000 Ctr. Loco 72—89 Tblr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., weißer poln. — Tblr. bez., pro Januar 83 1/2 Tblr. Br., pr. Januar-Februar 82 1/2 Tblr. bez., Februar-März — Tblr. bez., März-April — Tblr. bez., April-Mai 83 1/2 — 1/2 Tblr. bez., Mai-Juni 83 1/2 — 1/2 Tblr. bez. — Roggen loco, reichlich angeboten, wurde fast ausschließlich in seinen Güten gehandelt. Termine wurden durch Deductionen und Speculationen ankaufe um ca. 1/2 — 1/2 % gesteigert, jedoch bewegte sich der Handel in den engen Grenzen. Loco 56—60 Tblr. pro 1000 Kilogr. gefordert, russischer 56 1/2 — 1/2 Tblr. ab Bahn bez., inländischer 58 — 1/2 Tblr. ab Bahn bez., pr. Januar 57 1/2 Tblr. bez., Januar-Februar 56 1/2 — 1/2 Tblr. bez., Februar-März — Tblr. bez., März-April — Tblr. bez., April-Mai 56 1/2 — 1/2 Tblr. bez., Mai-Juni 56 1/2 — 1/2 Tblr. bez., Juni-Juli 55 1/2 — 56 Tblr. bez. — Hafer in Folge der nahesten Witterung mehr gefragt und eine Kleinigkeit höher. Gefündigt — Ctr. Loco 22 1/2 Tblr. — Spiritus nahm einen kleinen Aufschwung, ohne viel gehandelt zu werden, loco ohne Zapf 18 Tblr. 10 Sgr. bez., pro Januar und Januar-Februar 18 Tblr. 13 — 14 Sgr. bez., Februar-März — Tblr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Tblr. 23 — 25 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Tblr. 25 — 26 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Tblr. 2 — 4 Sgr. bez., Juli-August 19 Tblr. 9 — 10 Sgr. bez. Gefündigt — Liter. — Wetter: nachhaltig.

Breslau, 23. Jan., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markt war der Geschäftsverkehr schleppend, bei ausreichenden Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 6 1/2 bis 9 Tblr., gelber 7—8 1/2 Tblr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur seine Qualitäten beachtet, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 6 1/2 Tblr., feinste Sorte 6 1/2 Tblr. bezahlt.

Gerste behauptet, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 — 5 1/2 Tblr., weiße 5 1/2 bis 5 1/2 Tblr.

Hafer matter, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 bis 4 1/2 Tblr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen luflos, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 — 5 1/2 Tblr.

Wicken sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4 1/2 — 4 1/2 Tblr.

Lupinen offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3 — 3 1/2 Tblr., blaue 2 1/2 bis 3 1/2 Tblr.

Bohnen niedriger, pr. 100 Kilogr. schlesische 5 1/2 — 6 Tblr.

Weizen unterändert, pr. 100 Kilogr. 5 — 5 1/2 Tblr.

Per 100 Kilogramm netto in Tblr., Sgr., Pf.

Schlager-Reinlaas 8 — 8 15 — 9 — 9 — 2 6

Winter-Raps 9 15 — 9 17 6 — 9 17 6

Winter-Rüben 8 27 — 9 2 6 — 9 17 6

Petersburg, 22. Januar. Der Besuch des Kaisers Wilhelm am hiesigen Hofe darf für April als feststehend betrachtet werden. Die seitens österreichischer Blätter an den Besuch geknüpften politischen Conjecturen bezüglich der gegen Rhina russischer Seite getroffenen Maßregeln sind sicher grundlos.

Der Besuch war schon im September in Berlin zugesagt; später bei der hiesigen Anwesenheit des Prinzen Carl während des Georgs-festes wurde der Zeitpunkt präcisiert.

Newyork, 21. Januar. Zur Vertreibung der Medoc-Indianer aus der von ihnen eingenommenen verhängten Stellung sind weitere Truppenverstärkungen gefordert worden.

Newyork, 22. Januar. Die Senatoren Confling und Cameron sind zu Mitgliedern des Washingtoner Senats wiedergewählt worden. Nachrichten aus Peru zufolge ist ein Mordversuch auf den Präsidenten Pardo mißlungen.

Berliner Börse vom 22. Januar 1873.

Wechsel-Courso.			
Amsterdam 250 Fl.	k. S.	140 1/2	bz.
do. do.	2 M.	139 1/2	bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	149 1/2	bz.
do. do.	2 M.	148 1/2	bz.
London 1 Lst.	3 M.	6 20 1/2	bz.
Paris 100 Frs.	2 M.	—	—
Wien 100 Fl.	8 T.	92 1/2	bz.
do. do.	2 M.	91 1/2	bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56 1/2	bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99 1/2	bz.
do. do.	2 M.	—	—
Frankfurt 100 Fl.	2 M.	—	—
Petersburg 100 R.	3 M.	89 1/2	bz.
Warschau 90 R.	8 T.	82 1/2	bz.
Bremen 100 R.	8 T.	15	—

Fonds und Geld-Courso.

Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	102 1/2	G.
Staats-Anl. 4 1/2	4 1/2	101 1/2	bz.
do. consolid.	4 1/2	103 1/2	bz.
do. 4 1/2	4 1/2	96 1/2	bz.
Staats-Schuldenschein	3 1/2	89 1/2	bz.
Präm.-Anleihe v. 1865	3 1/2	124 1/2	bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	109 1/2	bz.
Cöln-Mind. Präm.-Anl.	3 1/2	94 1/2	bz.
Berlin. — — —	4 1/2	88 1/2	bz.
Central-Anleihe	5	101 1/2	bz.
do. Unkündb.	3 1/2	81 1/2	bz.
Pommersche — —	4 1/2	90 1/2	bz.
Schlesische — —	3 1/2	82 1/2	bz.
Kur-u. Neumark.	4 1/2	95 1/2	bz.
Pommersche — —	4 1/2	90 1/2	bz.
Possnische — —	4 1/2	92 1/2	bz.
Preussische — —	4 1/2	94 1/2	bz.
Westfäl. u. Rhein.	4 1/2	97 1/2	bz.
Sächsische — —	4 1/2	96 1/2	bz.
Schlesische — —	4 1/2	93 1/2	bz.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 7 1/2 B.
Oldenburg Loose 3 1/2 B.

Louis' or 111 tsB.	Dollars	1 11 1/2	G.
Sovereigns 6 2 1/2	G	98 1/2	bz.
Napoleons 5 10 1/2	G	92 1/2	bz.
Imperial 5 16 G.	Russ.	8 1/2	bz.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4 1/2	65 1/2	bz.
do. Papierrente	4 1/2	61 1/2	bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	96 1/2	B.
do. 54er Präm.-Anl.	4	94 1/2	B.
do. Credit-Loose	—	117 1/2	bz.
do. 64er Loose	—	92 1/2	B.
do. Silberpandf.	5 1/2	83 1/2	bz.
Pfandb.-Oest.-Bd.-Gr.-Gs.	5 1/2	82 1/2	B.
Wiener Silberpandf.	5 1/2	86 1/2	bz.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	127 1/2	bz.
do. do. 1866	5	128 1/2	B.
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	91 1/2	B.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	75 1/2	B.
Poln. Pfandb. III. Rm.	4	76 1/2	B.
Poln. Liquid.-Pfandb.	4	68 1/2	bz.
Amerik. 6 1/2-Anl. v. 1882	9 1/2	97 1/2	G.
do. do. p. 1885	6	95 1/2	bz.
do. 5 1/2 Anleihe	5	95 1/2	bz.
Badische Präm.-Anl.	4	111 1/2	G.
Baierische 4 1/2 Anleihe	4	116 1/2	bz.
Frankösische Rente	5	85 1/2	G.
Ital. neue 5 1/2 Anleihe	6	63 1/2	B.
Ital. Tabak-Oblig.	6	63 1/2	B.
Rasb.-Grazer 100 Thlr.-R.	4	85 1/2	bz.
Banische Anleihe	6	—	—
Türkische Anleihe	5	51 1/2	bz.
Ung. 5 1/2 St. Escob.-Anl.	5	76 1/2	bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Action.

Berg-Mark. Serie II.	4 1/2	95 1/2	G.
do. III. v. St. 3 1/2	3 1/2	82 1/2	bz.
do. do. VI.	4 1/2	83 1/2	bz.
do. Nordbahn	5	102 1/2	bz.
Breslau-Freib. Litt. D.	4 1/2	96 1/2	bz.
do. do. G.	4 1/2	95 1/2	bz.
do. do. H.	4 1/2	98 1/2	bz.
Cöln-Minden . . . III.	4	89 1/2	B.
do. do. do.	4 1/2	98 1/2	bz.
do. do. IV.	4 1/2	59 1/2	bz.
do. do. V.	4	89 1/2	B.
Märkisch-Posener . .	4	102 1/2	G.
Ndrschl.-Märkische . .	4	81 1/2	B.
do. do. do.	4 1/2	91 1/2	B.
Ndrschl. Zwgb. Litt. C.	5	101 1/2	G.
do. do. do.	5	101 1/2	G.
Oberschles. A. . . .	4	—	—
do. do. C. . . .	3 1/2	—	—
do. do. D. . . .	4	—	—
do. do. E. . . .	3 1/2	81 1/2	bz.
do. do. F. . . .	4 1/2	88 1/2	bz.
do. do. G. . . .	4 1/2	98 1/2	G.
do. do. H. . . .	4 1/2	98 1/2	B.
do. do. I. . . .	5	102 1/2	bz.
do. Brieg-Neisse . .	4 1/2	—	—
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	50 G.	
do. do. III.	4 1/2	—	—
do. do. IV.	4 1/2	—	—
do. do.	5	102 1/2	B.
Ostpreuss. Südbahn . .	5	101 1/2	G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101 1/2	et bz.
Schlesw. Nymnabahn . .	4 1/2	96 1/2	bz.
Stargard-Posen III. Em.	4 1/2	99 1/2	B.
Lemberg-Czernowitz . .	5	67 1/2	bz.
do. do. II.	5	79 1/2	bz.
do. do. III.	5	70 1/2	bz.
Gal.-Carl-Ludw.-Bahn . .	5	99 1/2	bz.
do. do. neue	5	90 1/2	bz.
Kaschau-Oderberg . .	5	85 1/2	bz.
Kronpr.-Rudolph-Bahn .	5	82 1/2	bz.
Mähr.-Schl. Centralbahn	5	99 1/2	bz.
Oesterr.-Frankenbahn . .	5	28 1/2	bz.
do. do. neue	5	28 1/2	bz.
do. südl. Staatsbahn . .	5	25 1/2	bz.
do. neue	5	24 1/2	bz.
do. Obligationen . .	5	68 1/2	bz.
Chemnitz-Komotau . .	5	91 1/2	B.
Prag-Dux	5	88 1/2	B.
Dux-Bodenbach	5	83 1/2	B.
Rockford Rock Island	7	32 1/2	bz.
Ung. Nordostbahn . . .	5	77 1/2	bz.
Ung. Ostbahn	5	70 1/2	bz.
Warschau-Wien III.	5	96 G.	
do. do. III.	5	95 1/2	B.

Eisenbahn-Stamm-Action.			
Divid. pro	1871	1872	1873
Aachen-Mastricht	4 1/2	—	46 ba G.
Berg-Märkische . .	7 1/2	—	123 1/2 ba G.
Berlin-Arch. . . .	18 1/2	—	211 ba G.
Berlin-Görlitz . .	0	—	115 ba G.
Berlin-Hamburg . .	10 1/2	—	224 1/2 ba G.
Berl.-Potsd.-Magd.	11 1/2	—	153 ba B.
Berlin-Stettin . . .	11 1/2	—	186 ba G.
Böhm. Westbahn . .	8 1/2	—	110 1/2 ba B.
Breslau-Freib. . .	9 1/2	—	121 1/2 ba B.
do. neue	—	—	113 1/2 B.
Cöln-Minden . . .	11 1/2	—	165 ba B.
do. do. neue	5	—	113 ba B.
Dux-Bodenbach B.	5	—	63 1/2 ba B.
Gal.-C.-Ludw.-B.	8 1/2	—	105 1/2 ba B.
Halle-Sorau Guben	4	—	66 ba B.

Ludwigsh.-Bexb.	11 1/2	—	4	185 bz
Märk.-Posener . . .	5	—	4	60 bz G.
Magdeb.-Halberst.	8 1/2	—	4	133 1/2 bz G.
Oest. Südb.	5	—	4	96 1/2 bz G.
do. Lit.-B.	—	—	4	99 bz B.
Mainz-Ludwigshaf.	4	—	4	174 bz G.
Närschl.-Märk. . .	9 1/2	—	4	95 1/2 bz B.
Närschl.-Zweigb. .	4	—	4	111 G.
Obereschl. A. u. O.	13 1/2	—	3 1/2	215 1/2 bz B.
do. St. B.	13	—	3 1/2	194 bz
Oest. E.-B.	12	—	5	263 1/2 bz B.
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	13 1/2	151 1/2 bz B.
Oest. Südb. St.-B.	4	—	5	115 1/2 bz B.
Oestpreuss. Südl.	0	—	4	46 1/2 bz
Rechte O.-U.-Bahn	3	—	5	127 bz
Reichenberg-Pard.	4 3/4	—	4 1/2	80 1/2 bz
Rheinische	10	—	4	155 1/2 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	44 1/2 bz G.
Saale-Elben . . .	5 1/2	—	6	73 1/2 bz
Schweinf.-Eisenh.	4	—	5	64 bz B.
Stargard-Posen . .	—	—	4 1/2	99 1/2 G.
Thüringer	10 1/2	—	4	148 1/2 bz
Warenau-Wien. . .	12	—	5	86 1/2 bz G.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Action.			
Berlin-Görlitzer	5	—	50 1/2 bz G.
Berlin Nordbahn	5	—	71 1/2 bz G.
Breslau-Warschau	5	—	66 bz E.
Halle-Soran Guben	5	—	83 1/2 G.
Hannover-Altenb.	5	—	90 1/2 bz B.
Köhlert-Falkenb.	—	5	91 1/2 bz
Märk.-Posener	0	5	83 1/2 bz
Magdebb.-Halberst.	3 1/2	3 1/2	80 1/2 bz
Oestpr. Südbahn	0	5	69 1/2 bz
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	124 1/2 bz
Saal-Bahn . . .	—	5	78 G.